



Bank
für Sozialwirtschaft

Offenlegungsbericht 2016

Die Bank für Wesentliches

Offenlegungsbericht

**der Institutsgruppe
Bank für Sozialwirtschaft AG
gemäß Capital Requirements Regulation (CRR)
Stichtag: 31.12.2016**

Inhalt

Allgemeines	4
Anwendungsbereich	6
Geschäftsmodell	7
Corporate Governance	10
Eigenmittel	14
Verschuldungsquote	21
Asset Encumbrance	25
Risikomanagement	27
Risikokategorien	37
Beteiligungen	63
Verbriefungen	64
Vergütungspolitik	65
Anhang: Übersicht zu den Hauptmerkmalen der Eigenmittelinstrumente	68
Abkürzungsverzeichnis	82
Tabellenverzeichnis	84
Kontaktdaten	86
Impressum	88

Allgemeines

Mit dem vorliegenden Offenlegungsbericht setzt die Bank für Sozialwirtschaft (nachfolgend BFS) die Anforderungen zur Offenlegung um, welche auf europäischer Ebene durch die Verordnung „Capital Requirements Regulation Nr. 575/2013“ (CRR) sowie durch die Richtlinie „Capital Requirements Directive IV Nr. 2013/36/EU“ (CRD-IV) erlassen wurden.

Als EU-Verordnung gelten die Vorgaben der CRR unmittelbar für alle CRR-Institute im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 CRR in allen EU-Mitgliedsstaaten, sodass eine Umsetzung in nationales Recht nicht notwendig ist.

Der Bericht basiert auf der zu diesem Zeitpunkt gültigen gesetzlichen Grundlage unter Berücksichtigung der zentralen Offenlegungsanforderungen und Übergangsbestimmungen der CRR sowie der veröffentlichten Begleitdokumente der Europäischen Bankenaufsicht (EBA).

Der Offenlegungsbericht der BFS beabsichtigt, den interessierten Lesern einen umfassenden Eindruck über das aktuelle Risikoprofil und das Risikomanagement der BFS aus der aufsichtsrechtlichen Perspektive zu ermöglichen. Insbesondere berichtet dieser über

- die Eigenmittelausstattung, Risikopositionen, Kapitalquoten und -puffer,
- die Verschuldungsquote sowie belastete und unbelastete Vermögenswerte,
- die Ausgestaltung der Governance-Strukturen und des Risikomanagementsystems,
- die Überwachung und Kontrolle der verschiedenen Risikokategorien sowie
- die Angaben zur Vergütungspolitik.

Offenheit und Transparenz sind für die BFS nicht nur im Umgang mit ihren Kunden selbstverständlich. Daher erfüllt die BFS mit der Publizierung des Offenlegungsberichtes nicht nur die gesetzlichen Pflichten. Darüber hinaus wird das berechnete Informationsbedürfnis der Eigentümer, Kunden, potentieller Investoren sowie der interessierten Öffentlichkeit befriedigt. Der vorliegende Bericht enthält alle relevanten Daten und Fakten, die einen umfassenden Einblick in das Risikoprofil der BFS geben. Im Hinblick auf die Anforderungen des Art. 432 CRR entsprechen die offengelegten Informationen dem Grundsatz der Wesentlichkeit. Vertrauliche oder rechtlich geschützte Informationen sind nicht Gegenstand der Offenlegung.

Der Offenlegungsbericht kann als Ergänzung zum allgemeinen Risikobericht gesehen werden, der als Teil des Lageberichtes nach § 289 HGB im Rahmen des jährlichen Geschäftsberichtes veröffentlicht wird. Der interessierte Leser findet im Geschäftsbericht auch weitergehende Informationen zur Geschäftspolitik und zur allgemeinen geschäftlichen Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG. Sofern relevante Informationen bereits im Rahmen anderer Publizitätspflichten veröffentlicht werden, wird in diesem Offenlegungsbericht unter Angabe des Mediums an der entsprechenden Stelle darauf verwiesen.

Neben dem Offenlegungsbericht selbst sind im Rahmen der Offenlegungspflichten gem. Art. 431 CRR die Regelungen und Verfahren zur Erstellung der Offenlegung sowie zur Beurteilung der Angemessenheit zu dokumentieren. Die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Offenlegungspraxis, auch im Hinblick auf die Anforderungen aus den Art. 432 und 433 CRR, wird regelmäßig überprüft. Die BFS hat hierzu Rahmenvorgaben und Verantwortlichkeiten für den Offenlegungsbericht schriftlich fixiert.

Aufgrund von Rundungen können sich in diesem Offenlegungsbericht bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Erstellung und Veröffentlichung erfolgt im Einklang mit den Anforderungen des Art. 433 CRR und den Leitlinien der EBA einmal pro Jahr zum Stichtag des Jahresabschlusses. Der Bericht wird zeitgleich neben dem Geschäftsbericht als eigenständige Publikation auf der Internetseite der BFS unter www.sozialbank.de veröffentlicht.

Anwendungsbereich

Die Angaben zum Offenlegungsbericht basieren auf dem regulatorischen Konsolidierungskreis der BFS. Demnach bildet die BFS AG als übergeordnetes Kreditinstitut mit ihren nachgeordneten Unternehmen eine Institutsgruppe gem. Art. 18 ff. CRR in Verbindung mit § 10a KWG. Die nachfolgende Matrix veranschaulicht die aufsichtsrechtliche Behandlung zum 31.12.2016:

Unternehmen	Konsolidierung gem. Art. 18 CRR		Befreiung gem. Art. 19 CRR	CET1 Abzug gem. Art. 36 CRR	Risiko- gewichtete Beteiligungen
	Voll	Quotal			
Kreditinstitut gem. Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 CRR					
Bank für Sozialwirtschaft AG	x				
Finanzinstitut gem. Art. 4 Abs. 1 Nr. 26 CRR					
BFS Service GmbH	x				
BFS Abrechnungs GmbH		x			

Tabelle 1: Aufsichtsrechtlicher Konsolidierungskreis

Mit der Eintragung in das Handelsregister zum 01.12.2016 wurden die beiden Töchter der BFS AG, die BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH und die BFS Immobilien-Service GmbH, unter dem Namen BFS Service GmbH miteinander verschmolzen. Die Verschmelzung ist somit zum Stichtag des Offenlegungsberichtes bereits wirksam.

Die Jahresabschlussergebnisse der nachgeordneten Unternehmen sind für den Jahresabschluss der Bank für Sozialwirtschaft AG gem. § 296 Abs. 2 HGB von untergeordneter Bedeutung. Eine handelsrechtliche Konsolidierung und ein Konzernabschluss erfolgen nicht.

Die BFS AG verfügt über weitere Beteiligungen, die in dem Kapitel Beteiligungen vorgestellt werden.

Die in diesem Bericht veröffentlichten quantitativen Angaben beziehen sich i. W. auf die Daten des aufsichtsrechtlichen Meldewesens zum Stichtag 31.12.2016. Die dargestellten Positionen aus Kreditrisiken werden gem. Teil 3, Titel II, Kapitel 2 CRR (Art. 111-141 CRR) auf die nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (nachfolgend KSA) gewichteten Portfolios in aggregierter Form auf Gruppenebene ermittelt. Im Rahmen des KSA wurden keine Bonitätsbeurteilungen von Ratingagenturen und Exportversicherungsagenturen verwendet.

Geschäftsmodell

Im Jahr 1923 von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege gegründet, konzentriert sich die Bank für Sozialwirtschaft AG als Universalbank auf das Geschäft mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen, die in den Bereichen Soziales (Senioren-, Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe), Gesundheit und Bildung tätig sind. Der Schwerpunkt liegt auf Einrichtungen in gemeinnütziger Trägerschaft.

Bis heute ist die Bank bundesweit das einzige Institut, das sich ausschließlich auf institutionelle Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft konzentriert. Deren Branchen gelten angesichts der Bedarfsentwicklung in der Bevölkerung als Wachstumsmärkte. Ihre Geschäftsperspektiven auf diesem Gebiet schätzt die Bank entsprechend positiv ein, mit Blick auf ihre Marktaussichten als Spezialkreditinstitut ebenso wie auf die Entwicklung der internen Voraussetzungen für weiteres Wachstum.

Kunden

Die Kunden der Bank werden segmentiert nach den Geschäftsfeldern

- Gesundheitswesen,
- Seniorenhilfe/-pflege,
- Erholungseinrichtungen,
- Behindertenhilfe,
- Sucht/psychisch Kranke,
- Kinder-/Jugend-/Familienhilfe,
- Aus- und Weiterbildung,
- Vereine/sonstige gemeinnützige Tätigkeit,
- private Haushalte und
- Kreditinstitute (im Interbankengeschäft).

Nicht zum strategischen Klientel der Bank gehören Privatkunden, Hersteller medizinischer Geräte, Apotheken und niedergelassene Ärzte/Arztpraxen oder medizinische Versorgungszentren ohne Anbindung an ein Krankenhaus.

Geschäftsgebiet

Die BFS fokussiert sich als Kreditinstitut im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 CRR mit Sitz in Berlin/Köln mit ihrem Kerngeschäft auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Im Einzelfall sind auch Geschäfte mit internationalen Geschäftspartnern in Deutschland sowie Geschäfte in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der Schweiz zulässig. Dies setzt voraus, dass sich das Projekt dem Kerngeschäft der Bank zuordnen lässt, eine sachgerechte und objektive Beurteilung des Geschäftspartners und der länderspezifischen Risiken möglich ist und das Land zum Zeitpunkt des Geschäftsabschlusses nicht auf der FATF-Länderliste aufgeführt wird.

Geschäfte

Die BFS versteht sich als Spezialkreditinstitut mit dem Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Die BFS betreibt kein Massengeschäft, sondern bietet auf Basis der drei klassischen Bankleistungen Kreditgeschäft, Einlagen-/Wertpapiergeschäft und Zahlungsverkehr weitgehend individualisierte Finanzierungslösungen an, die nur bedingt standardisierbar oder auf andere übertragbar sind.

Vor dem Hintergrund ihrer Gründungshistorie und der Struktur der Anteilseigner fungiert die BFS zudem im Zahlungsverkehr als Plattform für deutschlandweite Spendenaktionen.

Zum Stichtag des Jahresabschlusses per 31.12.2016 liegt die Bilanzsumme bei 8,7 Mrd. EUR. Das bilanzielle Kreditvolumen beläuft sich auf 5,5 Mrd. EUR, die Kundeneinlagen haben eine Höhe von 6,6 Mrd. EUR. Im Eigenhandel (Depot A) beläuft sich das Volumen auf rund 2,8 Mrd. EUR. Das Kundenwertpapiergeschäft ist im Vergleich mit anderen Instituten nur von geringer Bedeutung; so werden Kundendepots in einer Gesamthöhe von rund 1,5 Mrd. EUR unterhalten.

Diese Größenordnungen spiegeln sich auch in den wesentlichen Ertragsquellen aus dem Kundenkredit- und Einlagengeschäft wider. Der Ertrag aus den Handelsgeschäften ist eine Residualgröße.

Im Kreditgeschäft nimmt die Bank im Interesse aller Beteiligten eine umfassende Risikobewertung vor, um damit die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite zu minimieren. Durch eine umfassende Prüfung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden und der Kreditrisiken der einzelnen Finanzierungsvorhaben soll eine adäquate Bepreisung der Kredite vorgenommen werden. Die konservative Vorgehensweise hat sich mit Blick auf die Risiken als sehr erfolgreich erwiesen, sodass die Wertberichtigungs- bzw. Ausfallquote im Branchenvergleich auf einem sehr niedrigen Niveau liegt. Eine Bündelung und anschließender Verkauf von Kundenkrediten erfolgt nicht.

Die Handelsgeschäfte der Bank dienen der Anlage von Einlagen- und Liquiditätsüberschüssen. Die Eigenanlagen konzentrieren sich gemäß den internen Vorgaben auf die Anlage im A-Segment gerateter Emittenten. Es wird eine risikoaverse Buy-and-hold-Strategie verfolgt. Wertpapiergeschäfte werden daher in einem überschaubaren Umfang getätigt, und es handelt sich im Wesentlichen um Ersatzkäufe nach Fälligkeiten von Wertpapieren. Es werden nur in sehr geringem Maße ausländische Wertpapiere, auf EUR-Basis, gehalten.

Die Durchführung von Handelsgeschäften mit dem vorrangigen Ziel, einen Eigenhandelserfolg zu erzielen, gehört nicht zur Anlagestrategie der Bank und ist gemäß den Rahmenbedingungen für Handelsgeschäfte der Bank nicht zulässig. Dementsprechend wird auch kein Handelsbuch im Sinne von Art. 4 Abs. 86 CRR in Verbindung mit Art. 102 ff. CRR geführt.

Derivate werden nur für die Zinsrisikosteuerung der Bank selbst als Sicherungsgeschäfte abgeschlossen.

Im Einlagengeschäft liegt der Beratungsschwerpunkt traditionell und nach den Vorgaben der Kunden auf einer risikoaversen Anlageberatung. Im klassischen (bilanzwirksamen) Geschäft liegt der Fokus auf Sicht- und Termineinlagen.

Im Kundenwertpapiergeschäft werden risikoarme Papiere (Bundespapiere, Pfandbriefe u. Ä.) von den Kunden gewünscht. Aktienkäufe werden in geringer Größenordnung als Depotbeimischung unter dem Aspekt der Diversifikation getätigt.

Termin-, Options-, Optionsschein- und Tafelgeschäfte, Geschäfte über Computerhandel, Wertpapierleihgeschäfte, Devisentermin- und Währungsoptionsgeschäfte sind ausgeschlossen.

Das Investmentbanking wird nicht betrieben.

Durch die Geschäftsstruktur und Überschaubarkeit der Verträge im Kundengeschäft sowie im Eigengeschäft ist eine Beschränkung auf bankübliche Risiken einer national agierenden mittelständischen Bank gewährleistet.

Corporate Governance

Nachfolgend werden die Anforderungen zur Veröffentlichung von Informationen zur Aufbauorganisation im Hinblick auf die Regelungen zur Unternehmensführung gem. Art. 435 Abs. 2 CRR aufgeführt. Dabei stehen der Vorstand und der Aufsichtsrat als Leitungsorgane sowie die vom Aufsichtsrat gebildeten Ausschüsse im Fokus.

Vorstand

Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung. Die Mitglieder des Vorstandes tragen gemeinsam die Verantwortung für die Geschäftsleitung. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregelungen des Vorstandes sind in seiner Geschäftsordnung niedergelegt.

Der Vorstand wird vom gesamten Aufsichtsrat bestellt. Der Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Vorauswahl potenzieller Kandidaten. Die Kriterien zur Auswahl der Mitglieder des Vorstandes orientieren sich unter anderem an dem Merkblatt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Prüfung der fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern. Zur Gewährleistung der fachlichen Eignung wird dabei sichergestellt, dass die Mitglieder des Vorstandes über umfassende theoretische und praktische Kenntnisse sowie nachweisbare Erfahrungen in bankwirtschaftlichen Geschäftsaktivitäten innerhalb der Gesundheits- und Sozialwirtschaft verfügen. Darüber hinaus liegt besonderes Augenmerk auf der fachlichen Eignung der einzelnen Mitglieder für die Verwaltung der von ihnen zu verantwortenden Ressorts sowie einer nachweisbaren Führungserfahrung.

Neben der Beachtung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wird bei der Zusammensetzung des Gesamtvorstandes auf die Ausgewogenheit und Diversifikation unterschiedlicher Fähigkeiten, Fachkenntnisse und beruflicher Erfahrungen geachtet.

Qualitative und quantitative Ziele werden geschäftsfeldübergreifend sowie für die einzelnen Geschäftsfelder und die damit verbundenen Risiken jährlich definiert und die Zielerreichung mindestens quartalsweise vom Aufsichtsrat nachgeprüft. Um zu gewährleisten, dass der Vorstand die mit den betriebenen bankwirtschaftlichen Geschäften verbundenen Risiken jederzeit einschätzen und angemessen steuern kann, wurde eine separate Berichterstattung zur Zusammensetzung und Tragfähigkeit des Gesamtrisikoprofils der Bank eingerichtet. Diese informiert den Vorstand mindestens monatlich oder anlassbezogen über Fragen des Risikos. Detaillierte Angaben zu den risikorelevanten Berichterstattungen befinden sich in den einzelnen Risikokapiteln dieses Offenlegungsberichtes.

Die nachstehenden Informationen zu den Mitgliedern des Vorstandes ergeben einen Überblick über die fachliche und berufliche Erfahrung, die den Vorstand in seiner Gesamtheit und bezogen auf die einzelnen Mitglieder zur Leitung befähigt.

Als Vorsitzender des Vorstandes ist Herr Prof. Dr. Harald Schmitz für das Ressort Markt verantwortlich. Sein Zuständigkeitsbereich umfasst das Kundengeschäft, die Handelsgeschäfte und die marktunterstützenden Bereiche.

Prof. Dr. Harald Schmitz hat seine berufliche Laufbahn nach einem betriebswirtschaftlichen Studium in der Wirtschaftsprüfung begonnen. Rund 15 Jahre war er anschließend beratend in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft tätig: zunächst als Vorsitzender der Geschäftsführung der GEBERA GmbH, Köln/Düsseldorf, anschließend als Partner der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte &

Touche, Düsseldorf. Die letzten Jahre vor seinem Wechsel zur Bank für Sozialwirtschaft AG am 1. Juni 2012 war er in der Holding Geschäftsführung des Marienhaus Konzerns in Waldbreitbach, des größten katholischen Einrichtungsträgers Deutschlands, tätig.

Herr Oliver Luckner hat als Mitglied des Vorstandes die Verantwortung für das Ressort Marktfolge im Aktiv- und Passivgeschäft sowie für die Produktion. Letzteres beinhaltet die gesamte IT, sowohl bezogen auf die internen Prozesse als auch auf das Electronic Banking und den Zahlungsverkehr.

Oliver Luckner hat sein gesamtes Berufsleben in der Bank für Sozialwirtschaft AG verbracht. Sein Studium zum diplomierten Bankbetriebswirt absolvierte er berufsbegleitend. Nach Stationen als Firmenkundenberater mit dem Schwerpunkt Kreditgeschäft bereitete er als Projektverantwortlicher die Eröffnung der Geschäftsstelle Hamburg der BFS vor. Zehn Jahre lang verantwortete er als Direktor Norddeutschland die Geschäftsentwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG in Bremen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein, ehe er im Herbst 2010 als Generalbevollmächtigter in die Zentrale der BFS nach Köln wechselte.

Der Verantwortungsbereich von Herrn Thomas Kahleis umfasst das Ressort Unternehmenssteuerung sowie Personal, Recht, Revision und Compliance.

Thomas Kahleis begann seinen Berufsweg nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften im Firmenkundengeschäft der Dresdner Bank AG. In die Bank für Sozialwirtschaft AG wechselte er am 1. April 1996 als Assistent des Vorstandes. Es folgte die Verantwortung für den Vorstandsstab, anschließend für den Geschäftsbereich Unternehmenskommunikation und Organisation, der 2004 um den Personalbereich erweitert wurde. Seit Oktober 2007 ist Thomas Kahleis Generalbevollmächtigter der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Name	Anzahl der Mandate in Leitungs- und Aufsichtsfunktionen
Prof. Dr. Harald Schmitz	5
Thomas Kahleis	1
Oliver Luckner	3

Tabelle 2: Übersicht der von Mitgliedern des Vorstandes bekleideten Mandate

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand und ist in Entscheidungen, die von grundlegender Bedeutung für die Bank sind, eingebunden. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregelungen sind in den Geschäftsordnungen des Aufsichtsrates und der Ausschüsse niedergelegt.

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig über die Vermögens-, Ertrags-, Liquiditäts- und Risikolage sowie das Risikomanagement und das Risikocontrolling. Mindestens einmal jährlich erfolgt eine ausführliche Diskussion über die Unternehmensplanung und die Geschäfts- und Risikostrategie.

Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des Aufsichtsrates und der Ausschüsse und hält mit dem Vorstand regelmäßig Kontakt.

Der Aufsichtsrat kann nach seinem Ermessen Wirtschaftsprüfer, Rechts- und sonstige interne und externe Berater hinzuziehen.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner Aufgaben und Verantwortlichkeiten die nachfolgenden Ausschüsse gebildet, die eine intensivere Beschäftigung mit den bankspezifischen Themenkomplexen ermöglichen. Die Ausschüsse haben ausschließlich beratende Funktion.

Für alle Ausschüsse gilt, dass als Ergebnis der diversen Sitzungen Protokolle angefertigt werden, in denen die behandelten Sachverhalte dargestellt, erläutert und Empfehlungen an den Aufsichtsrat und die anderen Ausschüsse dokumentiert werden. Der Vorsitzende des jeweiligen Ausschusses informiert in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates über die Ergebnisse.

Prüfungsausschuss

Dem Ausschuss, der in 2016 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten hat, obliegt gegenüber dem Aufsichtsrat wesentlich die Unterstützung bei der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Durchführung der Abschlussprüfung und der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagement- und des internen Kontrollsystems.

Risikoausschuss

Dem Ausschuss obliegt gegenüber dem Aufsichtsrat wesentlich die Beratung zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und Risikostrategie. Der Risikoausschuss hat im Geschäftsjahr 2016 insgesamt vier Sitzungen abgehalten.

Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss

Dem Ausschuss obliegt gegenüber dem Aufsichtsrat wesentlich die Unterstützung bei der Überprüfung der Vergütungssysteme und der Umsetzung der im Rahmen der Corporate Governance verfolgten Ziele. Der Ausschuss tagte in 2016 insgesamt zwei Mal.

Die nachstehenden Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrates geben einen Überblick über deren Leitungs- und Aufsichtsfunktionen:

Name	Anzahl der Mandate in Leitungs- und Aufsichtsfunktionen
Wolfgang Altenbernd	3
Christian Graf von Bassewitz	4
Dr. Robert Batkiewicz	5
Dr. Matthias Berger	6
Dr. Norbert Emmerich	5
Dr. Jörg Kruttschnitt	4
Ulrich Lilie	1
Hans Jörg Millies	14
Selvi Naidu	3
Dr. Ulrich Schneider	4
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch	3
Michael Warman	1

Tabelle 3: Übersicht der von Mitgliedern des Aufsichtsrates bekleideten Mandate

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bekleiden insgesamt 53 Leitungs- und Aufsichtsfunktionen.

Nach dem Kreditwesengesetz müssen die Mitglieder des Aufsichtsrates zuverlässig sein und die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte, die das Unternehmen betreibt, erforderliche Sachkunde besitzen.

Die Besetzung des Aufsichtsrates folgt dem Ziel, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Insbesondere sollen die Aufsichtsratsmitglieder für die Wahrnehmung des Mandates ausreichend Zeit haben. Die Besetzung des Aufsichtsrates soll eine qualifizierte Kontrolle und Beratung des Vorstandes in einer national tätigen und auf die Sozial- und Gesundheitswirtschaft ausgerichteten Bank durch den Aufsichtsrat sicherstellen. Dabei soll insbesondere auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit der zur Wahl vorgeschlagenen Personen und die Vielfalt im Aufsichtsrat geachtet werden. Bei den Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung strebt der Aufsichtsrat eine angemessene Beteiligung von Frauen an.

Für weitere Informationen zu den Aufgaben und Tätigkeiten des Aufsichtsrates wird an dieser Stelle auf den Bericht des Aufsichtsrates im Rahmen des Geschäftsberichtes per 31.12.2016 der BFS verwiesen.

Eigenmittel

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der BFS setzen sich aus dem Kernkapital und dem Ergänzungskapital zusammen und werden auf Basis des KWG und der CRR in Verbindung mit den relevanten delegierten Verordnungen und technischen Standards der Europäischen Kommission sowie der national gültigen Solvabilitätsverordnung (SolvV) ermittelt.

Kernkapital

Das Kernkapital (Tier 1) der BFS besteht ausschließlich aus den gem. Art. 26 ff. CRR definierten Bestandteilen des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1 – CET 1). Die BFS verfügt über kein zusätzliches Kernkapital (Additional Tier 1 – AT 1) im Sinne von Art. 51 ff. CRR und keinen Abzugsposten nach Art. 56 CRR.

Das CET 1 beinhaltet das gezeichnete Kapital der BFS AG in Höhe von 36,4 Mio. EUR, welches in 700.000 Stück vinkulierte Namensaktien eingeteilt ist. Darüber hinaus zählen zum CET 1 die sonstigen anrechenbaren Rücklagen in Höhe von 446,8 Mio. EUR, bestehend aus der Kapitalrücklage von 43,4 Mio. EUR und den Gewinnrücklagen von 403,4 Mio. EUR. Letztere werden durch die jährliche Thesaurierung des Jahresüberschusses gebildet.

Ebenfalls zum harten Kernkapital zählt der Sonderfonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB in Höhe von 51,9 Mio. EUR.

Vom CET 1 werden die immateriellen Wirtschaftsgüter nach Art. 36 Abs. 1 b CRR in Höhe von rund -20,2 Mio. EUR abgezogen sowie eigene Anteile gem. Art. 36 Abs. 1 f CRR in Verbindung mit Art. 77 f. CRR in Höhe von rund -1,3 Mio. EUR.

Unter Berücksichtigung der Abzugspositionen beträgt das Kernkapital der BFS Gruppe somit 513,6 Mio. EUR.

Ergänzungskapital

Die BFS besitzt Ergänzungskapitalbestandteile (Tier 2) gem. Art. 62 CRR in Höhe von 127,5 Mio. EUR in Form von längerfristigen, nachrangigen Verbindlichkeiten (Schuldscheindarlehen und Orderschuldverschreibungen). Im Falle der Liquidation oder Insolvenz eines Institutes werden nachrangige Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller vorrangigen Gläubiger zurückgezahlt.

Abzugsposten vom Ergänzungskapital gem. Art. 66 CRR bestehen nicht.

Die Ursprungslaufzeit der Tier 2-Emissionen beträgt 10 Jahre. Die Restlaufzeiten liegen zwischen 2 Jahren und 9 Jahren. Die Zinssätze für die nachrangigen Verbindlichkeiten liegen zwischen 2,0 % und 5,2 %.

Alle Tier 2-Emissionen zählen gem. Art. 62 CRR zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln und erfüllen die Voraussetzungen zur Anrechnung gem. Art. 63 CRR.

Nach Art. 64 CRR sinkt die Anrechenbarkeit des Nachrangkapitals linear, wenn die Restlaufzeit der betroffenen Emissionen die Grenze von 5 Jahren vor der Fälligkeit unterschreitet. In dem Fall wird der anzurechnende Betrag der Tier 2-Emissionen mit der taggenauen Restlaufzeit diskontiert und als Ergänzungskapital berücksichtigt.

Die Detailinformationen zu den Hauptmerkmalen der Eigenkapitalinstrumente gem. Anhang II der Durchführungsverordnung Nr. 1423/2013 sind im Anhang dieses Offenlegungsberichtes einzusehen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Kapitalausstattung der BFS Gruppe in detaillierter Form.¹

in TEUR	Beträge per 31.12.2016	Artikel der CRR
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen		
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	79.840	26 Abs. 1, 27, 28, 29, Verzeichnis der EBA gem. Artikel 26 Abs. 3
davon: Aktien	36.400	
Einbehaltene Gewinne	403.350	26 Abs. 1 c
Fonds für allgemeine Bankrisiken	51.900	26 Abs. 1 f
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	535.090	
Hartes Kernkapital (CET1): Regulatorische Anpassungen		
Immaterielle Vermögenswerte	-20.176	36 Abs. 1 b, 37, 472 Abs. 4
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals	-1.315	36 Abs. 1 f, 42, 472 Abs. 8
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) insgesamt	-21.491	
Hartes Kernkapital (CET1)	513.599	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente		
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	-	
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Regulatorische Anpassungen		
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	-	
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	-	
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	513.599	

¹ Aufgrund der institutsspezifischen Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel nimmt die BFS keine Übergangsregelungen gem. CRR und SolvV zur Ermittlung der Abzugsbeträge für CET 1-Positionen in Anspruch, sodass keine Residualbeträge vor oder ohne Übergangsbestimmungen bestehen. Auf die Darstellung der Spalte „Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen, oder vorgeschriebener Restbetrag gem. Verordnung (EU) Nr. 575/2013“ wird demnach verzichtet.

in TEUR	Beträge per 31.12.2016	Artikel der CRR
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen		
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	127.506	62, 63
Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	127.506	
Ergänzungskapital (T2): Regulatorische Anpassungen		
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	-	
Ergänzungskapital (T2) insgesamt	127.506	
Eigenmittel insgesamt (TC = T1 + T2)	641.105	
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	4.662.256	
Kapitalquoten		
Harte Kernkapitalquote	11,0 %	92 Abs. 2 a, 465
Kernkapitalquote	11,0 %	92 Abs. 2 b, 465
Gesamtkapitalquote	13,8 %	92 Abs. 2 c
Institutsspezifische Anforderung an Kapitalpuffer ²	5,1 %	§ 10i KWG
davon: Kapitalhaltungspuffer	29.139 / 0,625 %	
davon: antizyklischer Kapitalpuffer	0,0 %	
davon: Systemrisikopuffer	-	
Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer	6,5 %	§ 10i KWG
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital		
Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	54.735	62

Tabelle 4: Eigenmittel in der Übergangszeit

Mit der sich daraus ergebenden Kapitalausstattung ist die BFS in der Lage, die Mindestquoten für das harte Kernkapital, für das Kernkapital und für die Eigenmittel zu erfüllen.

Da eine handelsrechtliche Konsolidierung nicht erfolgt, wird nachfolgend die Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital der BFS AG zu den regulatorischen Eigenmitteln der BFS Gruppe dargestellt:

² Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote zuzüglich der Anforderungen an den Kapitalerhaltungspuffer, den antizyklischen Kapitalpuffer und den Systemrisikopuffer.

in TEUR	Kapital gem. HGB BFS AG	Kapital gem. CRR BFS AG	Kapital gem. CRR BFS Gruppe
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente			
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	79.840	79.840	79.840
davon: gezeichnetes Kapital (Aktien)	36.400	36.400	36.400
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realisierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	403.350	403.350	403.350
davon: Einbehaltene Gewinne	403.350	403.350	403.350
Fonds für allgemeine Bankrisiken	51.900	51.900	51.900
Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen		535.090	535.090
Immaterielle Vermögenswerte	-9.286	-11.787	-20.176
Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-295	-1.315	-1.315
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) insgesamt		-13.102	-21.491
Hartes Kernkapital (CET1)		521.988	513.599
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente			
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen		-	-
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt		-	-
Zusätzliches Kernkapital (AT1)		-	-
Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)		521.988	513.599
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen			
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	154.251	127.506	127.506
Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen		127.506	127.506
Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt		-	-
Ergänzungskapital (T2)		127.506	127.506
Eigenmittel insgesamt (TC = T1 + T2)		649.494	641.105
Risikogewichtete Aktiva		4.654.223	4.662.256

Tabelle 5: Überleitungsrechnung bilanzielles Eigenkapital zu regulatorischen Eigenmitteln

Antizyklischer Kapitalpuffer

Die Einführung von Kapitalpuffern bildet ein weiteres Instrument zur Risikobegrenzung und ergänzt die Mindesteigenmittelanforderungen für bankaufsichtlich vorgegebene Schwerpunktrisiken (wie bspw. Adressenausfall- oder operationelle Risiken) bei der Überprüfung, ob die Institute in der Lage sind, potenzielle Verluste in der Zukunft auch ohne mögliche Substanzeinbußen kompensieren zu können. Im Fokus der Kapitalpuffer steht dabei das frei verfügbare harte Kernkapital (CET1), welches noch nicht durch andere regulatorische Anforderungen gebunden ist.

Bei dem institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer gem § 10d KWG handelt es sich um ein makroprudenzielles Instrument der Bankenaufsicht. Er soll dem Risiko eines übermäßigen Kreditwachstums im Bankensektor entgegenwirken. Festgelegt wird dieser Puffer auf der Ebene einzelner Staaten durch die jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörden. Der für ein Institut relevante Puffer richtet sich nach dem Belegenheitsort seiner Risikopositionen:

- Für in Deutschland belegene Risikopositionen ist der durch die BaFin festgelegte antizyklische Kapitalpuffer für Deutschland anzuwenden.
- Für im Ausland belegene Risikopositionen ist der spezifische antizyklische Kapitalpuffer des jeweiligen Staates anzuwenden.

Für den antizyklischen Kapitalpuffer in Deutschland kann die BaFin gem. § 10d Abs. 3 KWG grundsätzlich eine Quote zwischen 0 und 2,5 % festlegen (in Schritten von 0,25 Prozentpunkten). In Ausnahmefällen (soweit erforderlich) kann sie auch eine höhere Quote als 2,5 % festsetzen. Die Entscheidung über die Pufferfestlegung basiert auf der Analyse verschiedener Indikatoren, wobei insbesondere die Abweichung des „Verhältnisses von Kreditvergabe zu Bruttoinlandsprodukt“ von seinem langfristigen Trend relevant ist. Hierbei stützt sich die BaFin auf Analysen und Daten der Deutschen Bundesbank. Darüber hinaus berücksichtigt sie etwaige Empfehlungen des Ausschusses für Finanzstabilität.

Die BaFin überprüft vierteljährlich, ob die gültige Quote angesichts der aktuellen Risikolage und Kreditentwicklung in Deutschland noch angemessen ist, und passt diese, falls erforderlich, an.

Gemäß § 64r Abs. 5 KWG wird der antizyklische Kapitalpuffer schrittweise vom 01.01.2016 bis zum 01.01.2019 eingeführt. Während des Übergangszeitraums gelten die nachfolgenden, maximalen Kapitalpufferanforderungen:

	2016	2017	2018	ab 2019
Maximaler institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer (Aufschlag auf die harte Kernkapitalquote in Prozentpunkten)	0,625 %	1,25 %	1,875 %	2,50 %

Tabelle 6: Maximaler institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer

Der inländische antizyklische Kapitalpuffer wurde von der BaFin für das Jahr 2016 auf 0,0 % festgelegt.

Die Institute ermitteln den Prozentsatz des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers nach § 10d Abs. 2 KWG als gewichteten Durchschnitt aus den in den einzelnen Ländern, in denen die maßgeblichen Risikopositionen des Instituts belegen sind, festgelegten antizyklischen Kapitalpufferquoten. Maßgebliche Risikopositionen sind in § 36 SolvV definiert und umfassen grundsätzlich

Risikopositionen gegenüber dem privaten Sektor. Die Bestimmung des Belegenheitsortes ist gem. der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1152/2014 vom 04.06.2014 vorzunehmen. Die daraus resultierende geografische Verteilung der maßgeblichen Risikopositionen ist nach Art. 440 CRR in Verbindung mit der delegierten Verordnung (EU) Nr. 1555/2015 offenzulegen:

in TEUR	Risikopositionen im Anlagebuch (KSA)	Risikopositionen im Handelsbuch	Sonstige Aktiva	Eigenmittelanforderungen		Summe	Gewichtung der Eigenmittelanforderungen pro Land	Quote des antizyklischen Kapitalpuffers pro Land
				Davon: Kreditrisiko	Davon: Sonstige Aktiva			
Geografische Aufgliederung maßgeblicher Risikopositionen								
Deutschland	5.420.235	-	2.583	345.094	207	345.300	0,99	0,0 %
Sonstige	82.842	-	-	4.295	-	4.295	0,01 ³	0,0 %
Gesamt	5.503.077	-	2.583	349.389	207	349.595	1,00	0,0 %

Tabelle 7: Geografische Verteilung der maßgeblichen Kreditrisikopositionen

Die geografische Verteilung der für den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer maßgeblichen Risikopositionen zeigt, dass die BFS zum Offenlegungsstichtag keine Kapitalanforderungen für den antizyklischen Kapitalpuffer zu hinterlegen hat.

in TEUR	
Gesamt-Risikopositionsbetrag	4.662.256
Institutsspezifische Quote des antizyklischen Kapitalpuffers	0,0 %
Anforderung an den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer	-

Tabelle 8: Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers

Eigenmittelanforderungen

Für die Ermittlung der risikogewichteten Aktiva bzw. der damit verbundenen Eigenmittelanforderungen verwendet die BFS den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) gem. Teil 3 Titel II Kapitel 2 CRR. Die Kapitalunterlegung der operationellen Risiken erfolgt unter Verwendung des sog. Basisindikatoransatzes gem. Art. 315 f. CRR.

Die Quantifizierung des Risikos einer Anpassung der Kreditbewertung (Credit Valuation Adjustment – CVA) erfolgt unter Anwendung der Anforderungen gem. Art. 384 CRR.

³ Zur Ermittlung des Belegenheitsortes der maßgeblichen Risikopositionen für den institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffer verwendet die BFS die Ausnahmeregelung gem. Artikel 2 Abs. 5 b i. V. m. Erwägungsgrund 8 der DelVo 1152/2014. Die ausländischen Risikopositionen (1 % der gesamten Risikopositionen) erhalten den antizyklischen Kapitalpuffer des Sitzlandes der BFS (Deutschland).

Die risikogewichteten Aktiva (RWA) und die daraus abgeleiteten Eigenmittelanforderungen der BFS Gruppe stellen sich zum 31.12.2016 wie folgt dar:

in TEUR	Risikogewichtete Positionswerte	Eigenmittel- anforderungen
Kreditrisiken		
Zentralregierungen	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	2.415	193
Öffentliche Stellen	3.418	273
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-
Internationale Organisationen	-	-
Institute	5.593	447
Unternehmen	3.103.999	248.320
Mengengeschäft	251.490	20.119
Durch Immobilien besicherte Positionen	796.221	63.698
Ausgefallene Positionen	101.086	8.087
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	16.567	1.325
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	14.956	1.197
Beteiligungen	11.907	953
Sonstige Positionen	71.131	5.690
Beiträge zum Ausfallfonds einer zentralen Gegenpartei	2.583	207
Summe Kreditrisiken	4.381.368	350.509
Abwicklungsrisiken	-	-
Marktpreisrisiken	-	-
Operationelle Risiken		
Basisindikatoransatz	278.455	22.276
Summe Operationelle Risiken	278.455	22.276
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung (CVA Charge)	2.433	195
Gesamt	4.662.256	372.980

Tabelle 9: Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittelanforderungen

Verschuldungsquote

Die Offenlegung von Informationen zur Verschuldungsquote (sog. Leverage Ratio) gem. Art. 451 i. V. m. Art. 521 Abs. 2 a CRR findet seit 2015 Anwendung. Die Leverage Ratio soll als nicht risikosensitive Kennzahl zur Begrenzung der übermäßigen Verschuldung von Instituten beitragen. Die Kennziffer misst das Verhältnis des Kernkapitals gegenüber der Summe aus bilanziellen und außerbilanziellen Positionen.

Ab 2018 soll die Mindestquote für das Verschuldungsmaß eingeführt werden. Der europäische Gesetzgeber hat in diesem Zusammenhang die Empfehlung des Baseler Ausschusses für die Mindestgröße der Leverage Ratio in Höhe von 3 % bestätigt.

Die Berechnungsmethodik und Meldung der Verschuldungsquote ist in Art. 429 CRR geregelt. Die am 17.01.2015 veröffentlichte delegierte Verordnung (EU) 2015/62 beseitigt identifizierte Mängel der CRR hinsichtlich der Berechnung der Leverage Ratio. Die Erstmeldung der Leverage Ratio nach delegierter Verordnung erfolgte zum Stichtag 30.09.2016.

Die Leverage Ratio der BFS Gruppe betrug zum 31.12.2016 gem. Meldung an die Deutsche Bundesbank 5,9 %.

Gem. Art. 451 Abs. 1 a CRR i. V. m. Art. 499 Abs. 2 CRR legt die BFS die Informationen über die Verschuldungsquote auf der Grundlage der Definition der Kapitalmessgröße nach Art. 499 Abs. 1 a CRR offen. Demnach wird das Kernkapital als Messgröße ohne Einsatz von Übergangsregelungen angewendet.⁴

Die nachfolgenden Tabellen veranschaulichen gem. Art. 451 Abs. 1 CRR die Aufschlüsselung der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die Überleitung dieser Größe aus den Bilanzaktiva sowie die Untergliederung bilanzieller Risikopositionen zum 31.12.2016:

in TEUR	
Bilanzielle Risikopositionen (ausgenommen Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT))	
Bilanzwirksame Positionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und Treuhandvermögen, jedoch einschließlich Sicherheiten)	8.477.115
Aktiva, die zur Ermittlung des Kernkapitals abgezogen werden	-21.491
Summe der bilanziellen Risikopositionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und Treuhandvermögen) (Summe der Zeilen 1 und 2)	8.455.624
Derivative Risikopositionen	
Wiederbeschaffungskosten für alle Derivatgeschäfte	-
Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert in Bezug auf alle Derivatgeschäfte (Marktbewertungsmethode)	-
Risikopositionswert gemäß Ursprungsrisikomethode	9.001
Hinzugerechneter Betrag von gestellten Sicherheiten für Derivatgeschäfte, wenn diese gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften von den Bilanzaktiva abgezogen werden	-
Abzug bei in bar erhaltenen Nachschüssen in Derivatgeschäften	-

⁴ Vgl. hierzu auch der Hinweis in Kapitel Eigenmittel, Fußnote 1.

in TEUR	
Ausgenommene Risikopositionen aus für Kunden über eine qualifizierte zentrale Gegenpartei (QCCP) abgerechnete Geschäfte	-
Bereinigter effektiver Nominalwert von geschriebenen Kreditderivaten	-
Bereinigte Aufrechnungen des effektiven Nominalwerts und Zuschlagsabzüge für ausgestellte Kreditderivate	-
Derivative Risikopositionen insgesamt	9.001
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	
Brutto-Aktiva aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT; ohne Anerkennung von Netting), nach Bereinigung um als Verkauf verbuchte Geschäfte	-
Aufgerechnete Beträge von Barverbindlichkeiten und -forderungen aus Brutto-Aktiva aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	-
Aufschlag auf das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	1.515
Ausnahme für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT): Aufschlag auf das Gegenparteiausfallrisiko gem. Artikel 429b Abs. 4 und Artikel 222 CRR	-
Risikopositionen aus als Agent getätigten Geschäften	-
Ausgenommene Risikopositionen aus für Kunden über eine qualifizierte zentrale Gegenpartei (QCCP) abgerechnete Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	-
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften insgesamt	1.515
Andere außerbilanzielle Risikopositionen	
Außerbilanzielle Risikopositionen zum Bruttonominalwert	1.126.785
Anpassungen für die Umrechnung in Kreditäquivalenzbeträge	-822.144
Andere außerbilanzielle Risikopositionen	304.641
Gem. Artikel 429 Abs. 7 und 14 CRR ausgenommene Risikopositionen (bilanziell und außerbilanziell)	
Gem. Artikel 429 Abs. 7 CRR ausgenommene gruppeninterne Risikopositionen (Einzelbasis) (bilanziell und außerbilanziell)	-
Gem. Artikel 429 Abs. 14 CRR ausgenommene Risikopositionen (bilanziell und außerbilanziell)	-
Eigenkapital und Gesamtrisikopositionen	
Kernkapital	513.599
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	8.770.781
Verschuldungsquote	
Verschuldungsquote	5,9 %
Anwendung von Übergangsbestimmungen und Wert ausgebuchter Treuhandpositionen	
Anwendung von Übergangsbestimmungen für die Definition der Kapitalmessgröße	-
Wert ausgebuchter Treuhandpositionen gem. Artikel 429 Abs. 13 CRR	172.028

Tabelle 10: Allgemeine Offenlegung zur Verschuldungsquote per 31.12.2016

Die Überleitung der Bilanzaktiva zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Leverage Ratio wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

in TEUR	
Summe der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögenswerte	8.693.057
Anpassung für Beteiligungen, die zu Bilanzierungszwecken konsolidiert werden, die jedoch nicht zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis gehören	-
Anpassung für Treuhandvermögen, das gemäß den geltenden Rechnungslegungsvorschriften in der Bilanz ausgewiesen wird, aber von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gem. Artikel 429 Abs. 13 CRR ausgenommen ist	-172.028
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	9.001
Anpassungen für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	1.515
Anpassung für außerbilanzielle Geschäfte (d. h. Umwandlung der außerbilanziellen Geschäfte in Kreditäquivalenzbeträge)	304.641
Anpassung für Risikopositionen aus Intragruppenforderungen, die von der Gesamtrisikopositionsmessgröße gem. Art. 429 Abs. 7 ausgenommen sind	-
Anpassungen für Risikopositionen, die gem. Art. 429 Abs. 14 CRR von der Gesamtrisikopositionsmessgröße ausgenommen sind	-
Sonstige Anpassungen	-65.405
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	8.770.781

Tabelle 11: Überleitung der Bilanzaktiva zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Leverage Ratio

Die für die Leverage Ratio relevanten bilanziellen Risikopositionen werden wie folgt aufgeschlüsselt:

in TEUR	
Bilanzielle Risikopositionen insgesamt (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT) und ausgenommene Risikopositionen), davon:	8.477.115
Risikopositionen des Handelsbuchs	-
Risikopositionen des Anlagebuchs, davon:	8.477.115
Gedekte Schuldverschreibungen	165.674
Risikopositionen, die wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	2.676.299
Risikopositionen gegenüber regionalen Gebietskörperschaften, multilateralen Entwicklungsbanken, internationalen Organisationen und öffentlichen Stellen, die NICHT wie Risikopositionen gegenüber Zentralstaaten behandelt werden	23.311
Institute	63.416
Durch Grundpfandrechte auf Immobilien besichert	1.606.414
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	338.084
Unternehmen	3.405.203
Ausgefallene Positionen	71.476
Andere Forderungsklassen (z. B. Beteiligungspositionen, Verbriefungs-Risikopositionen und sonstige Aktiva, die keine Kreditverpflichtungen sind)	127.237

Tabelle 12: Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen

Die Leverage Ratio wird seit Inkrafttreten der CRR zum 01.01.2014 monatlich ermittelt und im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses für die Zwecke der Gesamtbanksteuerung hochgerechnet. Die Kennzahl ist Teil der Risikoberichterstattung an Vorstand und Aufsichtsrat. Dabei stehen die Einhaltung der vorläufigen Mindestquote von 3 % über den gesamten Planungshorizont sowie die Analyse der Veränderungen im Monatsvergleich im Fokus der Überwachung der Leverage Ratio.

Im Jahresverlauf 2016 wurde die vom Baseler Ausschuss aufgeführte Mindestquote von 3 % im Rahmen der monatlichen Ermittlung deutlich übertroffen. Die Verbesserung der Verschuldungsquote von 5,0 % per 31.12.2015 auf 5,9 % per 31.12.2016 resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Kernkapitals durch die Erhöhung der Gewinnrücklagen im Rahmen der Thesaurierung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2015.

Asset Encumbrance

Die BFS ist nach Art. 443 CRR im Rahmen des Offenlegungsberichtes verpflichtet, den Bestand an belasteten und unbelasteten Vermögenswerten (sog. Asset Encumbrance) zu veröffentlichen, und orientiert sich dabei an den Vorgaben der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) im Rahmen der „Leitlinien zur Offenlegung belasteter und unbelasteter Vermögenswerte (EBA/GL/2014/03)“ sowie an dem Rundschreiben der BaFin vom 30.08.2016.

Die Offenlegung der Asset Encumbrance zielt innerhalb der EU auf die harmonisierte Veröffentlichung einheitlicher Standards zur verbesserten Markttransparenz ab und bietet der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, ein verbessertes Bild über die Liquiditätssituation sowie über die Verfügbarkeit von Vermögenswerten zur Befriedigung aller Gläubiger im Insolvenzfall zu erlangen.

Gemäß Rundschreiben der BaFin werden Aktiva als belastete Vermögenswerte definiert, wenn sie den Kreditinstituten bspw. aufgrund von Verpfändungen oder Ausleihgeschäften nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Gleichfalls werden solche Vermögenswerte als belastet verstanden, die nicht zur Absicherung eigener Kredite oder potenzieller Verpflichtungen im Rahmen von bspw. Derivategeschäften frei verfügbar sind. Neben der Belastung von Aktiva sollen darüber hinaus auch Angaben über erhaltene Sicherheitsleistungen Dritter zugunsten der BFS, z. B. im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften, veröffentlicht werden.

Die nachfolgenden Tabellen veranschaulichen die Bestände von belasteten und unbelasteten Vermögenswerten im Berichtszeitraum:⁵

in TEUR	Buchwert belasteter Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert belasteter Vermögenswerte	Buchwert unbelasteter Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert unbelasteter Vermögenswerte
Eigenkapitalinstrumente	-	-	54.429	45.329
Schuldverschreibungen	372.818	376.341	2.561.182	2.596.968
Darlehen	183.697	-	4.406.142	-
Sonstige Vermögenswerte	-	-	48.041	-
Gesamt	556.514	-	7.069.794	-

Tabelle 13: Übersicht über die Vermögenswerte

in TEUR	Deckung der Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten oder ausgeliehenen Wertpapiere	Vermögenswerte, erhaltene Sicherheiten und andere ausgegebene eigene Schuldtitel als belastete Pfandbriefe und ABS
Buchwerte	542.779	546.814

Tabelle 14: Übersicht über die Belastungsquellen

⁵ Die Darstellung erfolgt in Form von Medianwerten auf Basis der Quartalsmeldungen im Berichtszeitraum gem. Anforderungen der EBA Guideline EBA/GL/2014/03.

Im Unterschied zu den vorgenannten Medianwerten hat die BFS zum Jahresultimo per 31.12.2016 einen Bestand an Verbindlichkeiten aus Refinanzierungstransaktionen in Höhe von 247,0 Mio. EUR ausgewiesen. Demgegenüber wurden Vermögenswerte von insgesamt 271,9 Mio. EUR als Sicherheit gestellt, darunter Schuldverschreibungen in Höhe von 87,6 Mio. EUR. Im Sinne des Art. 100 CRR gelten Aktiva von insgesamt 7.283,5 Mio. EUR als unbelastet. Entgegengenommene Sicherheiten lagen im Berichtszeitraum nicht vor.

Die Angaben zu den belasteten und unbelasteten Vermögenswerten spiegeln die dem Geschäftsmodell zugrunde liegende Refinanzierung der BFS wider. Eine wesentliche Belastungsquelle sind die an Kunden vergebenen Treuhandkredite aus Bundesmitteln. Für die kurzfristige Liquiditätsdisposition nimmt die BFS am besicherten Geldhandel der EUREX teil und stellt dafür Wertpapiere als Sicherheit bzw. bietet Liquiditätsüberschüsse gegen Erhalt von Wertpapieren an (sog. Wertpapierpensionsgeschäfte).

Die Entwicklung der Asset Encumbrance resultiert im Wesentlichen aus der Liquiditätsdisposition über den besicherten Geldhandel. Das Volumen der belasteten Vermögenswerte betrug zu den Meldestichtagen zwischen 284 Mio. EUR und 675 Mio. EUR. Die Höhe orientiert sich dabei am Geldhandelsvolumen sowie der Qualität der zur Besicherung gestellten Wertpapiere.

Risikomanagement

Grundsätze

Die BFS hat bei der Messung und Bewertung ihrer Risikopositionen aufsichtsrechtlich vorgegebene Methoden und Standards bereits im Zuge der nationalen Umsetzung von Basel II in ihr vorhandenes Risikomanagement integriert, um ein ausgewogenes Verhältnis von eingegangenen Risiken und verfügbaren Risikodeckungspotenzialen sicherzustellen. Die Verfahren zur Messung der Risiken werden je nach Art, Umfang und Komplexität der Geschäfte der BFS sowie der Entwicklung aufsichtsrechtlicher Anforderungen regelmäßig überarbeitet und weiterentwickelt.

Der implementierte Risikomanagementansatz folgt klar definierten risikopolitischen Leitlinien der Geschäfts- und Risikostrategie, die vom Gesamtvorstand verantwortet, mindestens jährlich geprüft und bei Bedarf aktualisiert wird.

Unter Risiko versteht die BFS ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags-, oder Liquiditätslage der Bank auswirken können.

Risikokultur

Die Risikokultur der BFS konkretisiert sich ausgehend von einem klaren Bekenntnis zur ausschließlichen Geschäftstätigkeit im Rahmen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft in der damit verbundenen geschäftsspezifischen Fachlichkeit. Diese ist eng mit den allgemeinen Verhaltensleitlinien des Code of Conduct verzahnt und manifestiert sich in einem ausgeprägten Risikomanagement mit prozessualen Vorgaben, bankweitem Risikocontrolling, gremienbezogener Information und Kommunikation sowie dem institutionalisierten Dialog zwischen Vorstand und Aufsichtsrat. Ein einheitliches Verständnis der Risikokultur über alle Unternehmensbereiche hinweg ist hierbei unerlässlich.

Die Bank für Sozialwirtschaft engagiert sich nur in Geschäftsfeldern, in denen sie über eine entsprechende Expertise zur Beurteilung der spezifischen Risiken verfügt. Dabei erfolgt eine systematische und regelmäßige Beobachtung und Analyse (Monitoring) aller Faktoren, die in den relevanten Kundenmärkten gegenwärtig von Bedeutung sind oder zukünftig werden könnten. Dies gilt auch für die Einführung neuer Produkte.

Grundsätzlich werden Risiken nur im begrenzten Umfang und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit eingegangen.

Das Risikomanagement hat innerhalb der Gesamtbanksteuerung einen hohen Stellenwert. Der Vorstand ist im Rahmen seiner Gesamtverantwortung für ein funktionierendes Risikomanagement, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der betriebenen oder beabsichtigten Geschäfte der BFS entspricht, verantwortlich. Ebenso stellt der Vorstand im Rahmen seiner Verantwortlichkeit ein angemessenes Risikobewusstsein der Mitarbeiter im jeweiligen Aufgabenbereich durch regelmäßige Kommunikation sicher und sorgt in seiner Vorbildfunktion durch konkludentes risikobewusstes Handeln für eine unternehmensweite Akzeptanz der Geschäfts- und Risikostrategie.

Um ein umfassendes unternehmensweites Risikoverständnis zu fördern, sind Gremien und Ausschüsse, wie insbesondere der Ausschuss Gesamtbanksteuerung und der Ausschuss Kreditrisikosteuerung, in der Organisation der BFS derart verankert, dass eine angemessene regelmäßige Kommunikation und Berücksichtigung von risikorelevanten Aspekten in der Geschäftstätigkeit der BFS sichergestellt werden.

Neben dem Bereich Unternehmenssteuerung, in dem der Risikomanagement-Prozess angesiedelt ist, sind auch die übrigen Bereiche, insbesondere Markt, Marktfolge, Organisationsentwicklung und IT sowie die Abteilung Treasury, zu nennen, deren Mitarbeiter sich zu einer risikobewussten Ausführung ihrer operativen Tätigkeiten verpflichten. Des Weiteren sind alle Mitarbeiter der BFS aufgefordert, risikorelevante Sachverhalte aufzugreifen und ihre direkten Vorgesetzten unverzüglich darüber zu informieren.

Um die unternehmensweite Orientierung an der Risikokultur sicherzustellen und ihre Akzeptanz zu fördern, sind unterschiedliche Prüfungs- und Überwachungsprozesse etabliert. Unter anderem bewertet die Interne Revision mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse. Die Stabstelle Compliance & Fraud ist verantwortlich für die Umsetzung von Maßnahmen zur Gewährleistung eines dem Aufsichtsrecht und den Gesetzen konformen und sicheren Geschäftsablaufes.

Risikoappetit

Die risikopolitische Grundhaltung der Bank wird in der mindestens jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie, welche auch die aus den geschäftsstrategischen Zielen der Bank resultierenden risikostrategischen Ziele enthält, dokumentiert. Diese beinhaltet die risikostrategischen Leitlinien und dazugehörigen Maßnahmen der Risikosteuerung für alle wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Bank. Ausgehend von den strategischen Grundaussagen, beinhaltet die Risikostrategie die Definition der wesentlichen Risiken (Gesamtrisikoprofil), welche im Rahmen der mindestens jährlich durchzuführenden Risikoinventur in der Bank erhoben werden. Ebenso werden der Risikomanagement-Prozess und die Methodik der Risikotragfähigkeitsrechnung definiert. Das Ziel der Risikopolitik und des Risikomanagements der Bank ist die nachhaltige Sicherung der Risikotragfähigkeit und der Solvabilität. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Zielsetzung bestimmt der Vorstand auch die geschäfts- und risikostrategischen Ziele, für welche laufend überwachte Limite und Frühwarnniveaus definiert werden.

Des Weiteren existieren für die einzelnen wesentlichen Risikoarten risikostrategische Ziele, wie z. B. die Begrenzung des Adressausfallrisikos im Kundenkreditgeschäft durch Limitierung der Blankokreditquote. Darüber hinaus wird die Einhaltung von aufsichtsrechtlichen Anforderungen im operativen Geschäft der BFS als strenge Nebenbedingung laufend sichergestellt.

Organisation und Struktur

Das Risikomanagement beinhaltet den generellen institutsweiten Umgang mit allen Risiken, die aus der Geschäftstätigkeit und den Prozessen der BFS entstehen.

Es beschreibt ein unter Verantwortung des Vorstands entwickeltes nachvollziehbares, alle Institutsaktivitäten und -prozesse umfassendes System, welches die Einhaltung der festgelegten risikostrategischen Ziele und Leitlinien unter Berücksichtigung der angestrebten Risikokultur, des Risikoappetits und der Risikotragfähigkeit sicherstellt. Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen stellen hierzu den Mindestrahmen dar.

Das Risikomanagement ist als kontinuierlicher Prozess zu verstehen, welcher laufend im Rahmen eines festgelegten Jahreszeitplans durchgeführt wird.

Das Risikomanagement umfasst die risikorelevanten Prozesse in allen Bereichen der BFS. Demzufolge sind neben dem Bereich Unternehmenssteuerung in besonderem Maße die Bereiche Markt, Marktfolge und Organisationsentwicklung & IT, die Abteilung Treasury sowie die Stabsstelle Compliance & Fraud integriert. Die dort eingesetzten operativen Prozesse werden aus der Risikostrategie abgeleitet und in den strategischen Handbüchern dokumentiert.

Die Wirksamkeit des Risikomanagements wird durch eine integrierte Betrachtungsweise und unternehmensweite Zusammenarbeit sichergestellt. Hierzu übernimmt der Inhaber der Risikocontrolling-Funktion die zentrale Koordinations- und Berichtsfunktion an den Vorstand, den Aufsichtsrat und die internen Bereiche der Bank.

Der Kern des Risikomanagements ist sowohl die Risikoidentifikation, Risikomessung und Überwachung der Einhaltung von Risikoappetit und Limiten aller Risiken wie auch das aufsichtsrechtliche Meldewesen. Hierfür sind entsprechend die Mitarbeiter der Risikocontrolling-Funktion aus den Abteilungen Controlling und Meldewesen verantwortlich.

Darüber hinaus erfolgt die Unterstützung des Vorstandes in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken.

Im Risikohandbuch der BFS werden die Rollen und Verantwortlichkeiten im Rahmen des Risikomanagement-Prozesses im Detail beschrieben, Befugnisse abgegrenzt und Verweise auf die Gesamtdokumentation des Risikomanagements dargelegt.

Den kontinuierlich steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen begegnet die BFS auch durch die Einrichtung einer bedarfsgerechten, risikoorientierten und MaRisk-konformen Compliance-Organisation, mit der die Stabsstelle Compliance & Fraud beauftragt ist. Diese initiiert bzw. koordiniert alle in diesem Zusammenhang notwendigen Maßnahmen, um einen dem Aufsichtsrecht und den Gesetzen konformen und sicheren Geschäftsablauf für die Kunden und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft zu gewährleisten. Neben der Einrichtung und Weiterentwicklung der Compliance-Organisation sowie der Durchführung der laufenden Überwachungsmaßnahmen, wie beispielsweise im Rahmen der Geldwäsche- und Betrugsprävention und der Wertpapier-Compliance, erfüllt die Stabsstelle Compliance & Fraud eine Beratungsfunktion.

Die interne Revision erbringt als Teil der Überwachungsaufgabe des Vorstandes unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie bewertet mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse.

Mit den in diesem Offenlegungsbericht vorgestellten Verfahren und Prozessen verfügt die BFS über ein Instrumentarium, das ihr erlaubt, Risiken bewusst und kontrolliert einzugehen. Die konsequente und fortwährende Weiterentwicklung im Bereich der Risikomanagementprozesse, der -methodik und der zugehörigen -instrumente soll auch für die Zukunft gewährleisten, dass negative Entwicklungen in der Risikostruktur erkannt werden und im Risikomanagement entsprechende Maßnahmen und Steuerungsimpulse eingeleitet werden können.

Erklärung zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren (gem. Art. 435 Abs. 1 e CRR)

Die Bank verfügt gemäß den MaRisk und der CRR über vom Vorstand genehmigte Risikomanagementverfahren, die nach Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeiten der Bank angemessen ausgestaltet sind. Die geschäftspolitische Ausrichtung der Bank ist in der Geschäfts- und Risikostrategie dokumentiert.

Ausgehend von der geschäftspolitischen Ausrichtung der Bank und der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand die risikopolitischen Grundsätze und das Risikoprofil unter konservativ gewählten Annahmen fest.

Risikomanagement-Prozess

Der eingerichtete Risikomanagement-Prozess stellt die Einhaltung der risikostrategischen Ziele und Leitlinien sicher. Dies wird zum einen durch die Beobachtung und Berichterstattung quantitativer Ziele erreicht. Zum anderen werden auch qualitative Aspekte, wie das Pflegen der angestrebten Risikokultur, kritisch betrachtet und – wenn nötig – an einzelne Mitarbeiter bei Verstößen appelliert. Darüber hinaus werden Vorstand und Aufsichtsgremium regelmäßig über wesentliche Abweichungen von der Risikostrategie informiert.

Für das Gesamtrisikoprofil stellt die BFS jederzeit sicher, dass die als wesentlich klassifizierten Risiken durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial gedeckt sind und dadurch die Risikotragfähigkeit gegeben ist.

Hierbei wird eine handelsrechtliche Going-Concern-Betrachtung auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) des laufenden Jahres und des Folgejahres von einer ökonomischen barwertigen Gone-Concern-Betrachtung unterschieden, wobei der periodische Steuerungskreis den Führenden darstellt.

Die grundsätzlichen Steuerungselemente für die beiden Steuerungskreise sind hierbei:

- Risikoerkennung durch Risikoinventur,
- Validierung,
- Festlegung der verfügbaren Risikodeckungspotenziale,
- Messung und Aggregation der Risiken,
- Festlegung der Limite und deren Überwachung,
- Durchführung von Stresstests und
- internes Berichtswesen.

Für die Konzeption beider Perspektiven gilt im Einklang mit der Geschäftsstrategie der Grundsatz einer konservativen Herangehensweise.

I. Risikoinventur

Zu Beginn des Risikomanagement-Prozesses gilt es, alle wesentlichen Risikoarten zu identifizieren. Die Wesentlichkeit ergibt sich aus einer wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage. Die Beurteilung der Risiken orientiert sich dabei nicht ausschließlich an den Auswirkungen in der Rechnungslegung sowie an formalrechtlichen Ausgestaltungen, sondern hat ebenfalls einen zukunftsorientierten Charakter.

Die Risikoidentifikation erfolgt in der BFS im Rahmen der mindestens jährlich bzw. anlassbezogen durchgeführten Risikoinventur. Ziel der Risikoinventur ist es, gemeinsam mit der Geschäfts- und Risikostrategie ein einheitliches und umfassendes Bild über das Gesamtrisikoprofil, d. h. über die relevanten Risiken des Instituts, zu schaffen. Aufgrund dieser Anforderung wird stets sichergestellt, dass sich die Ergebnisse des Risikoinventurprozesses mit der risikostrategischen Ausrichtung des Instituts decken. So werden die vom Vorstand vorgegebene Ausrichtung im Rahmen der Inventur selbst und die Ergebnisse der durchgeführten Risikoinventur wiederum im Rahmen der Detailbetrachtung der Einzelrisiken innerhalb der Risikostrategie berücksichtigt.

Darüber hinaus sind in der BFS unterschiedliche Verfahren eingerichtet, welche zum einen die Früherkennung von Einzelrisiken aus veränderten Rahmenbedingungen und neu eingegangenen Geschäftsaktivitäten sicherstellen. Zum anderen wurde ein eigenes Verfahren aufgebaut, welches die Ausfallrisiken aus dem Kreditgeschäft im Rahmen eines Frühindikatorsystems untersucht, mögliche Risiken meldet und bewertet und somit die rechtzeitige Einleitung von Gegenmaßnahmen ermöglicht.

Die Risikoinventur erfolgt nach MaRisk AT 4.5 auf Einzelinstituts- und auf Gruppenebene.

Wesentliche Risiken

In Bezug auf das Gesamtrisikoprofil der BFS werden Risikoarten und -treiber aus den folgenden Risikokategorien im Rahmen der Risikoinventur betrachtet:

- Adressenausfallrisiken,
- Marktpreisrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Operationelle Risiken und
- Sonstige Risiken.

Im Bereich Adressenausfallrisiken sind neben den klassischen Ausfallrisiken Kunden / Wertpapiere ebenfalls das Sicherungsgutrisiko und das Beteiligungsrisiko in den weiteren Risikomanagement-Prozess einzubeziehen.

Im Bereich Marktpreisrisiken sind Zinsänderungs-, Kurswert-, Credit Spread- und Optionsrisiken zu betrachten.

Wesentliche Liquiditätsrisiken sind das dispositive und das strukturelle Liquiditätsrisiko.

Die operationellen Risiken stellen in der Risikolandkarte eine große Risikokategorie dar, in welcher die einzelnen Unterkategorien, wie z. B. Risiken aus internen betrügerischen Handlungen, konsolidiert wurden. Dies ist der grundsätzlichen Wesentlichkeit aller

operationellen Risiken nach MaRisk und der damit möglichen vereinfachten Abbildung aller operationellen Risiken in einem übergreifenden Risikomodell geschuldet.

Innerhalb der sonstigen Risiken wurde das Vertriebsrisiko als wesentlich festgestellt.

Risikokonzentrationen

Neben der Analyse der wesentlichen Risikoarten ist auch die Analyse der Risikostruktur von wesentlicher Bedeutung für die Einschätzung der Risikoposition der BFS. In diesem Zusammenhang übernehmen Konzentrationen eine entscheidende Rolle.

Risikokonzentrationen können gegenüber Einzeladressen, die allein aufgrund ihrer Größe ein Risiko darstellen, bestehen. Sie ergeben sich jedoch auch infolge einer unausgewogenen Risikoallokation durch bestimmte Risikofaktoren. Dies umfasst zum einen Intra-Risikokonzentrationen, welche sowohl aufgrund der reinen Größe einzelner Risikopositionen im Verhältnis zum Gesamtportfolio innerhalb einer Risikoart als auch durch den Gleichlauf einzelner Risikopositionen innerhalb einer Risikoart auftreten können. Zum anderen beinhaltet dies Inter-Risikokonzentrationen, welche durch den Gleichlauf verschiedener Risikopositionen über mehrere Risikoarten hinweg auftreten können.

II. Backtesting und Validierung

Eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit der in der Risikotragfähigkeitsrechnung eingesetzten Methoden und Verfahren zur Messung und Beurteilung der Risiken ist ein notwendiger Bestandteil des Risikomanagements.

Dementsprechend wird auf Basis eines definierten Vorgehensmodells die Güte der in der periodischen sowie ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung eingesetzten Risikomessverfahren bzw. der Verfahren zur Ableitung der jeweiligen Bestandteile der Risikodeckungsmassen analysiert. Dieses Backtesting der monatlichen Risikotragfähigkeit wird mindestens ein Mal im Jahr durchgeführt.

Zusätzlich erfolgt jährlich eine Validierung der in der Risikotragfähigkeitsrechnung der BFS verwendeten Parameter.

III. Risikotragfähigkeit

Für das mindestens jährlich zu aktualisierende Gesamtrisikoprofil stellt die BFS sicher, dass die als wesentlich klassifizierten Risiken durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial gedeckt sind und die Tragfähigkeit der Risiken zu jedem Zeitpunkt gegeben ist. Das Eintreten der erwarteten Verluste wird durch die vereinnahmten Konditionen sowie Risikoprämien antizipiert und ist damit implizit in der Risikodeckungsmasse enthalten. Darum werden die erwarteten Verluste direkt von der Risikodeckungsmasse abgezogen. Unerwartete Verluste werden als das eigentliche Risiko der BFS gegen das nach Abzug der erwarteten Verluste verbleibende Risikodeckungspotenzial gestellt.

Aus handelsrechtlicher Perspektive hat die Bank laufend sicherzustellen, dass sowohl im laufenden Jahr als auch im darauf folgenden Geschäftsjahr alle relevanten und als wesentlich definierten Risiken durch das jeweilige Jahresergebnis gedeckt werden können. Im Rahmen einer monatlichen Risikomessung werden die kalkulierten Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Das ermittelte Risikodeckungspotenzial wird in der Folge auf die verschiedenen Risikoarten aufgeteilt. Zur Messung der periodischen Risikowerte werden verschiedene Risikoszenarios herangezogen. Um bei auftretenden Engpässen rechtzeitig reagieren zu können, werden bei den einzelnen Limitierungen Frühwarngrenzen eingezogen. Hieraus folgt, dass es jederzeit möglich ist, rechtzeitig risikomindernde Gegenmaßnahmen einzuleiten, um ein Überschreiten des verfügbaren Risikodeckungspotenzials zu verhindern.

Die ökonomische Risikomessung verfolgt die Zielsetzung zu prüfen, ob die Auswirkungen von Risiken dazu führen, dass im Liquidationsfall nicht mehr alle Gläubiger befriedigt werden können, und dient zudem der Früherkennung von Risiken durch die Betrachtung der Totalperiode. Unter Verwendung von vornehmlich Value-at-Risk-basierten Risikomessmethoden werden somit die Auswirkungen möglicher Ereignisse barwertig auf den heutigen Tag berechnet. Ein für die Abdeckung dieser Risiken geeignetes Risikodeckungspotenzial muss u. a. die stillen Reserven und Lasten der Bank unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen bezüglich der Anrechenbarkeit berücksichtigen.

Beide Betrachtungsweisen fließen bei der BFS in eine integrierte Steuerung ein, die zum Ziel hat, die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens sicherzustellen.

IV. Risikolimitierung

Aus dem Risikodeckungspotenzial der BFS werden als Ausdruck der Risikotoleranz des Vorstandes Risikolimites abgeleitet und zur Limitierung einzelner Risiken in der ökonomischen sowie in der handelsrechtlichen Betrachtung verwendet.

V. Risikoüberwachung und Maßnahmenableitung

Neben der laufenden Überwachung der quantitativen Limite der Risikotragfähigkeit ist ein Prozess eingerichtet, der eine mögliche Früherkennung von aufkommenden Risiken sicherstellt. Darüber hinaus sind Maßnahmen und Notfallpläne definiert, die in vordefinierten Notfallsituationen greifen, um das Risiko in einem notwendigen Maße zu reduzieren.

VI. Stresstests und Szenarios

Durch Stresstests wird die Risikotragfähigkeit erweitert, um potenzielle negative Auswirkungen signifikant adverser Entwicklungen im Vorfeld untersuchen zu können und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden. Die Bank leitet dafür regelmäßig institutsspezifische Stressszenarios ab. So erfolgte im Berichtszeitraum eine quartalsweise Ermittlung der Risikotragfähigkeit in den Stressszenarios Globale Rezession, Finanzmarktschock, Zinsschock und Liquiditätskrise sowie in einer Krise in der Sozialwirtschaft. In diesen Szenarios werden die relevanten Risikotreiber (Ausfallwahrscheinlichkeiten, Rückflussquoten, Zinsen, Credit-Spreads etc.)

der verschiedenen Risikoarten im Rahmen separater Simulationsrechnungen gestresst und die Auswirkungen auf die quantifizierten Risikowerte ermittelt. Zudem wird im Rahmen eines inversen Stresstests die Ausprägung der Risikotreiber ermittelt, bei der die Überlebensfähigkeit des Instituts gefährdet ist.

VII. Risikoreporting

Die interne Berichterstattung stellt die Kommunikation der Ergebnisse der Risikotragfähigkeit an alle relevanten Adressaten, insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat, sicher und führt darüber hinaus den Beschluss zur Durchführung notwendiger kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen herbei bzw. erleichtert diese.

Risikoerklärung und Risikoprofil (gem. Art. 435 Abs. 1 f CRR)

Die risikopolitische Grundhaltung der BFS wird in der mindestens jährlich zu aktualisierenden Risikostrategie, welche die aus den geschäftsstrategischen Zielen der Bank resultierenden risikostrategischen Maßnahmen, die zur Zielerreichung notwendig sind, dokumentiert. Diese Risikostrategie beinhaltet die risikostrategischen Leitlinien und die dazugehörigen Maßnahmen der Risikosteuerung für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Bank. Ausgehend von den strategischen Grundaussagen beinhaltet die Risikostrategie die Definition der wesentlichen Risiken (Gesamtrisikoprofil), welche im Rahmen der mindestens jährlich durchzuführenden Risikoinventur in der Bank erhoben werden.

Das Ziel der Risikopolitik und des Risikomanagements der Bank ist die nachhaltige Sicherung der Risikotragfähigkeit und der Solvabilität. Neben der Risikotragfähigkeit ist die Generierung von stabilen Erträgen der wesentliche Faktor, um die Leistungsfähigkeit der Bank zu gewährleisten und die Grundvoraussetzungen für eine ausreichende Eigenmittelbasis zu schaffen. Aus der Kombination von Erträgen und begrenzter Risikoposition wird somit ein möglichst optimales Risiko-Rendite-Profil angestrebt. Die Limitierung der Risiken erfolgt auf Gesamtbankebene in Relation zum Risikodeckungspotenzial und drückt die Risikotoleranz des Vorstandes aus. Im Rahmen des insgesamt verfügbaren Risikodeckungspotenzials wird maximal nur der Anteil zur Abdeckung von Risiken freigegeben, der die Mindestanforderungen an die Eigenmittelunterlegung übersteigt, um die Solvabilität der Bank zu gewährleisten. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung wird sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken adäquat gemessen werden, dass die Verfügbarkeit des Risikodeckungspotenzials in angemessenen Abständen überprüft wird und dass die Ermittlung der Risikotragfähigkeit alle erforderlichen Komponenten enthält. Die Einhaltung wird über eine Limitierung der Risiken gesteuert. Innerhalb dieser Limite sorgt eine Ampelsystematik für das frühzeitige Erkennen von ansteigenden Risikowerten.

Als Spezialkreditinstitut mit dem Kerngeschäftsfeld in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bietet die BFS auf Basis der drei klassischen Bankleistungen Kreditgeschäft, Einlagen-/Wertpapiergeschäft und Zahlungsverkehr individualisierte Finanzierungslösungen für seine Kunden an. Durch diese geschäftsstrategische Grundausrichtung ist das Gesamtrisikoprofil der BFS durch die klassischen bankwirtschaftlichen Risiken geprägt. Diese umfassen Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken (inkl. Zinsänderungs- und Credit-Spread-Risiken), Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken und Vertriebsrisiken. Zur genauen Abgrenzung und Definition der Bestandteile der einzelnen Risiken sowie zu Aussagen bezüglich der Verfahren und Strategien zur Steuerung, zum Umfang und der Art der Berichts- und Messsysteme sowie zu den Leitlinien der Risikoabsicherung und zur Überprüfung der Wirksamkeit wird in den nachfolgenden Kapiteln Auskunft gegeben.

Im vergangenen Jahr haben sich die Risikowerte der BFS in der handelsrechtlichen und der ökonomischen Sichtweise wie folgt entwickelt:

in TEUR	Beträge per 31.12.2015	Beträge per 31.12.2016
Gesamtsumme periodischer Risikowerte (Folgejahr)	48.523	40.936
Gesamtsumme ökonomischer Risikowerte	274.203	210.422

Tabelle 15: Entwicklung des Gesamtrisikoprofils im Berichtszeitraum

Innerhalb des Berichtszeitraums ist die Gesamtsumme der quantifizierten Risikowerte der Bank in der handelsrechtlichen Perspektive weitestgehend stabil geblieben, während sie sich in der ökonomischen Perspektive etwas reduziert hat. Bei der Berechnung der Gesamtsumme der periodischen und ökonomischen Risikowerte werden sämtliche Risikoarten ohne Berücksichtigung von möglichen Korrelationseffekten aufsummiert.

Die Adressenausfallrisiken, in denen das Adressenausfallrisiko aus dem Kunden- und Bankenportfolio (inkl. dem Sicherungsgutrisiko) und das Beteiligungsrisiko erfasst werden, steuern sowohl in der periodischen als auch in der ökonomischen Perspektive einen signifikanten Beitrag zum Gesamtrisikoprofil der Bank bei. Dabei ist das Adressenausfallrisiko aus dem Kunden- und Bankengeschäft (inkl. dem Sicherungsgutrisiko) der wesentliche Bestandteil der gesamten Adressenausfallrisiken.

Den quantitativ bedeutendsten Anteil am Gesamtrisikoprofil machen in beiden Perspektiven jedoch die Marktpreisrisiken und innerhalb dieser insbesondere das Zinsänderungs- sowie das Credit-Spread-Risiko aus. Die hohe Bedeutung des Zinsänderungsrisikos ist zum einen darauf zurückzuführen, dass eine offene Zinsrisikoposition in einem überschaubaren und beherrschbaren Maße von der Bank bewusst zur Erwirtschaftung stabiler Erträge eingegangen wird. Die Bedeutung des Credit-Spread-Risikos ist trotz der konservativen Anlagepolitik der Bank vor allem auf die in der Finanzkrise in sämtlichen Wertpapierklassen spürbaren Ausschläge der Credit-Spreads zurückzuführen, die vollumfänglich in der Risikomessung der Bank berücksichtigt werden.

Die Liquiditätsrisiken machen aufgrund der konsequent auf einer jederzeitigen Zahlungsfähigkeit ausgerichteten Liquiditätssteuerung sowie durch das Vorhalten einer komfortablen Liquiditätsreserve mit überwiegend notenbankfähigen Wertpapieren und entsprechend komfortabler Refinanzierungslinien einen vergleichsweise geringen Anteil am Gesamtrisikoprofil der Bank aus. Dies spiegelt sich auch durch die im Berichtszeitraum jederzeitige Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben der Liquiditätskennzahlen wider.

Auch der Anteil operationeller Risiken am Gesamtrisikoprofil fällt im Vergleich zu anderen Risiken geringer aus, ist im Berichtszeitraum nach der Berechnung des Basisindikatoransatzes jedoch aufgrund erhöhter Bruttoerträge leicht angestiegen. Die tatsächlich eingetretenen operationellen Risiken liegen jedoch deutlich unter den nach dem Basisindikatoransatz ermittelten Risikowerten.

Das Vertriebsrisiko wird nur in der periodischen Perspektive gemessen, da im Falle einer Liquidation der Bank keine Erlös- und Absatzrisiken bestehen. Aufgrund des historisch zu verzeichnenden vertrieblichen Erfolges der Bank, der sich unter Berücksichtigung branchenspezifischer sowie interner Rahmenbedingungen auch in der zukünftigen Planung niederschlägt, wird bei der Quantifizie-

zung des Vertriebsrisikos eine bewusst adverse Entwicklung im Hinblick auf die Absatz- und Erlösentwicklung unterstellt. Entsprechend steuert das Vertriebsrisiko in der handelsrechtlichen Perspektive einen spürbaren Beitrag zum Gesamtrisikoprofil bei.

Insgesamt wurde das zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotenzial der Bank auf Gesamtbankebene im Berichtszeitraum zu keinem Zeitpunkt vollständig ausgelastet. Auch in den quartalsweise durchgeführten Stresstests wurde das Risikodeckungspotenzial unter Hinzunahme des im Stresstest bereitgestellten Puffers zu keinem Zeitpunkt ausgelastet, sodass die Risikotragfähigkeit der Bank zu jedem Zeitpunkt sichergestellt war.

Erklärung nach § 2 Abs. 1 Nr. 18 b der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen

Innerhalb des Geschäftsjahres 2016 wurden die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute gem. KWG und CRR eingehalten.

Risikokategorien

Adressenausfallrisiken

Abgrenzung

Adressenausfallrisiken bezeichnen allgemein die Gefahr von Verlusten aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder Ausfällen von Kreditnehmern und ergeben sich somit für die BFS vor allem in Form von Ausfallrisiken aus Kredit- und Handelsgeschäften. Dabei wird auch eine mögliche Wertminderung eines als Sicherheit hinterlegten Vermögenswertes berücksichtigt und quantifiziert (Sicherungsgutrisiko). Da Adressenausfallrisiken auch aus eingegangenen Beteiligungen resultieren, wird zusätzlich das Beteiligungsrisiko innerhalb der Adressenausfallrisiken erfasst und bewertet.⁶ Weitere Adressenausfallrisiken, wie beispielsweise das Ausfallrisiko Debitor, das Veritätsrisiko, das Wiedereindeckungsrisiko, das Länderrisiko oder das Leasing-Restwertrisiko sind aufgrund der Geschäftsaktivitäten sowie der Portfoliostruktur der BFS im Berichtszeitraum nicht wesentlich, werden jedoch im Rahmen der jährlichen Risikoinventur regelmäßig auf die Wesentlichkeit überprüft.

Verfahren & Strategien für die Steuerung der Risiken

Das Kundenkreditgeschäft zählt zu einem der Kerngeschäftsfelder der BFS, sodass das Eingehen von Adressenausfallrisiken sowie deren Steuerung und Begrenzung zu den Kernkompetenzen des Hauses gehört. Das Management von Adressenausfallrisiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie formuliert sind, sowie entsprechender Fachkonzepte und Arbeitsablaufbeschreibungen im Kredithandbuch.

Die Kreditrichtlinien der BFS enthalten detaillierte Angaben für alle Kreditgeschäfte. Die Bewilligungskompetenzen sind abhängig von der Gesamtverschuldung der Gruppe verbundener Kunden, von der Ratingklasse und vom Blankokreditvolumen sowie darüber hinaus in den Organisationsrichtlinien eindeutig geregelt. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens der BFS ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge und Risikomanagement. Im risikorelevanten Kreditgeschäft sind grundsätzlich alle Kreditkompetenzen als Gemeinschaftskompetenzen ausgestaltet. Die Erstvotierung erfolgt durch marktabhängige Bereiche, das zweite Votum wird durch die Marktfolge ausgegeben. Das nicht risikorelevante Kreditgeschäft ist bei der BFS im Offenlegungszeitraum bis zu einer maximalen Gesamtverschuldung von 750 TEUR sowie einer maximalen Ratingklasse 5 definiert und wird in den Geschäftsstellen bearbeitet. Darüber hinausgehende Kreditvolumina sind als risikorelevant definiert.

Vor der Kreditvergabe beurteilt der Markt im Rahmen des Kreditantrags sämtliche, für die Gewährung des Kredites wesentliche Informationen. Der Beurteilung der Bonität durch Einsatz des anzuwendenden Ratings sowie der Kapitaldienstfähigkeit kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Die Anforderung der benötigten Unterlagen und die Überwachung ihrer Einreichung erfolgt durch die Marktbereiche. Zur Besicherung der Kredite werden von der BFS alle banküblichen Sicherheiten verwendet, deren Hereinnahme durch die Marktfolge erfolgt.

Zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen für Kreditrisiken wurde in der BFS im Offenlegungszeitraum der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) angewandt. Hierzu wurden die Kunden zunächst den jeweiligen KSA-Forderungsklassen zugeordnet und anschließend der Risikogehalt der enthaltenen Kundenforderungen auf Basis aufsichtsrechtlich vorgegebener KSA-Risikogewichte zur Bemessung der aufsichtsrechtlichen erforderlichen Eigenmittel ermittelt.

⁶ Weitere Angaben zum Beteiligungsrisiko erfolgen im Kapitel Beteiligungen.

Zur internen Risikoklassifizierung, -bewertung und -steuerung hat die BFS verschiedene Ratingverfahren im Einsatz. Im Kernsegment bilanzierender Unternehmen werden sämtliche Informationsbereiche, die zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit eines Unternehmens aus dem Sozialsektor abzudecken sind, berücksichtigt. Darunter befinden sich Kennzahlen, die die Rentabilität, die Liquidität sowie die Finanzierungsstruktur des Unternehmens widerspiegeln und auf – für den Sozialsektor – typische Wertebereiche abzielen. Des Weiteren werden qualitative Variablen verwendet, die den Anspruch haben, Informationen bzgl. der aktuellen Lage des Unternehmens, die sich nicht in der Bilanz reflektieren, sowie Erwartungen über die zukünftige Entwicklung des Unternehmens wiederzugeben. Die Ratingfunktion besteht somit aus zwei Teilratingfunktionen „Bilanzkennzahlen“ und „Softfacts“, die unterschiedlich gewichtet in die Gesamtratingfunktion eingehen. Im Mengengeschäft der BFS wird für die Segmente Privatkunden und KMU jeweils ein Antrags- und Verhaltensrating zur internen Risikoklassifizierung verwendet.

Struktur & Organisation der Risikomanagement-Funktion

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der BFS eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderungen von Adressenausfallrisiken ausgelöst werden können. Entsprechend den Veränderungen des Umfangs, der Komplexität und des Risikogehaltes von Adressenausfallrisiken wird deren Überwachung laufend angepasst. Weitere Angaben bezüglich der einschlägigen Risikomanagement-Funktion, einschließlich Informationen über die Befugnisse und ihren Status, sind im allgemeinen Kapitel zum Risikomanagement in diesem Offenlegungsbericht zu finden.

Umfang und Art der Risikoberichts- und Messsysteme

Zur Überwachung und Steuerung der Adressenausfallrisiken der BFS wird im Rahmen des Kreditberichtes quartalsweise die Struktur des Kreditportfolios hinsichtlich der Ratingklassen, Einrichtungsarten, Marktbereiche und Bundesländer analysiert und an den Vorstand berichtet. Berücksichtigte Kennzahlen sind dabei u. a. die Netto- und Bruttoexposition, der erwartete Verlust sowie der unerwartete Verlust als Value-at-Risk. Die Berechnung des Value-at-Risk mittels eines CreditRisk+ Portfoliomodells basiert auf der Modellierung struktureller Elemente des Kreditportfolios (Bonitäts-, Größen-, Sicherheiten-, Laufzeitenstruktur und Branchen).

Darüber hinaus wird die Zusammensetzung sowie die Entwicklung des Kreditportfolios der BFS dargestellt. Betrachtete Dimensionen sind dabei die verschiedenen Bonitäts- und Größenklassen sowie Einrichtungsarten, die jeweils für die Gesamtbank und die einzelnen Profit-Center analysiert werden.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit der BFS werden sämtliche wesentlichen Bestandteile des Adressenausfallrisikos in der periodischen und ökonomischen Perspektive quantifiziert und dem verfügbaren Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung verbogener Limitierungen gegenübergestellt. Dabei werden neben dem reinen Adressenausfallrisiko aus Kundengeschäften und Eigenanlagen die potenzielle Wertminderung vereinnahmter Sicherheiten (Sicherungsgutrisiko) sowie sämtliche möglichen Ausfälle aus Beteiligungen der BFS und nachgeordneter Unternehmen betrachtet. Die Ergebnisse werden monatlich an den Vorstand berichtet.

Risikoabsicherungsmaßnahmen und Überprüfung der Wirksamkeit

Das Kreditportfolio der BFS weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Höhere Risiken bei einzelnen Einrichtungsarten resultieren insbesondere aus dort vorhandenen höheren Blankovolumina. Die BFS hält einen signifikanten Anteil des ausgereichten Kreditvolumens in Einrichtungen der Altenpflege. Eine Diversifikation innerhalb dieser Finanzierungsart ergibt sich einerseits daraus, dass die Einrichtungen der Altenpflege über alle Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland verteilt sind und unterschiedliche Rechtslagen in den Bundesländern zur Errichtung und zum Betrieb dieser Einrichtungen bestehen. Zusätzlich begegnet die BFS den Herausforderungen generell mit ihrer in langjähriger Erfahrung gewachsenen Branchen- und Marktcompetenz und speziell mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsartenspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention, wie z. B. den Früherkennungsindikatoren sowie klar geregelten Prozessen und Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemerkreditbearbeitung.

Im Rahmen einer angemessenen Kreditweiterbearbeitung und Kontrolle sind alle Ratings der Kreditengagements turnusgemäß mindestens jährlich zu aktualisieren. Die Überwachung hierzu obliegt den jeweiligen Marktbereichen. Sich negativ auf die Risikoeinschätzung auswirkende Informationen führen zudem zu einer anlassbezogenen Ratingüberprüfung. Prozessabhängige Kontrollen gewährleisten die Ordnungsmäßigkeit der Kreditbearbeitung. Turnusgemäß werden ebenfalls die angerechneten Sicherheiten im Rahmen eines Sicherheiten-Monitorings überprüft, wobei die Beleihungswertermittlung der Immobilien durch fachkundige, unabhängige und erfahrene Sachverständige sowie HypZert-Gutachter vorgenommen wird.

Zur frühzeitigen Identifikation erhöht risikobehafteter Engagements wird ein Frühwarnverfahren eingesetzt. Indikatoren aus der Geschäftsbeziehung und der Kundentätigkeit zeigen im Vorfeld Leistungsveränderungen des Kreditnehmers an, um ggf. rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Werden Engagements als erhöht risikobehaftet identifiziert, werden sie der Intensivbetreuung mit erhöhter Berichtspflicht oder der Problemerkreditbearbeitung (Sanierungsfälle) zugeführt. Der Marktfolgevorstand wird quartalsweise oder anlassbezogen über die Engagements in der Intensivbetreuung informiert. Dabei wird auch über deren weitere Zuordnung entschieden.

Problemerkredite werden nach Sanierungs- und Abwicklungsfällen unterschieden: Für Sanierungsfälle wird eine Bestandsaufnahme (Sicherheiten, Rating) gemacht und auf dieser Basis ein Vorgehensvorschlag entwickelt, über den der Kompetenzträger entscheidet. Vorstand und zuständige Kompetenzträger werden vierteljährlich im Rahmen der Risikoberichterstattung über den Sachstand informiert. Scheitern Sanierungsmaßnahmen oder sind sie aussichtslos, werden betroffene Engagements der Abwicklung zugeordnet und von der Abteilung Kreditrecht und -abwicklung betreut.

Quantitative Angaben zu Adressenausfallrisiken

Der über den Berichtszeitraum ermittelte durchschnittliche Gesamtbetrag des Bruttokreditvolumens, welcher sich aus der Zusammenfassung der Bemessungsgrundlage nach Wertberichtigungen aller KSA-Forderungsklassen in Höhe von 9.605.279 TEUR ergibt, gliedert sich wie folgt auf:

in TEUR	Gesamtbetrag der Risikopositionen
Zentralregierungen	48.133
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.927.088
Öffentliche Stellen	557.990
Multilaterale Entwicklungsbanken	200.348
Internationale Organisationen	-
Institute	67.016
Unternehmen	4.219.595
Mengengeschäft	647.039
Durch Immobilien besicherte Positionen	1.523.178
Ausgefallene Positionen	60.053
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	268.608
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	43.338
Sonstige Positionen	42.892
Gesamt	9.605.279

Tabelle 16: Bruttokreditvolumen nach Forderungsarten

Nachfolgend werden die Bruttokreditvolumina gem. Art. 442 d bis f CRR nach Regionen, Branchen und Restlaufzeiten jeweils aufgliedert nach KSA-Forderungsklassen offengelegt.

Aufgliedert nach bedeutenden Regionen verteilt sich der Gesamtbetrag des Bruttokreditvolumens per 31.12.2016 wie folgt:

in TEUR	Deutschland	EU	Sonstige
Zentralregierungen	99.014	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.952.995	-	-
Öffentliche Stellen	566.365	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	200.258	-
Internationale Organisationen	-	-	-
Institute	80.771	-	-
Unternehmen	4.052.054	23.796	-
Mengengeschäft	651.569	195	542
Durch Immobilien besicherte Positionen	1.557.832	58.271	-
Ausgefallene Positionen	74.554	226	-
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	165.674	-	-
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	43.338	-	-
Sonstige Positionen	71.992	-	-
Gesamt	9.316.156	282.746	542

Tabelle 17: Regionale Gliederung nach Forderungsarten

Aufgegliedert nach Branchen entsprechend der Kundensystematik der Deutschen Bundesbank, verteilt sich der Gesamtbetrag des Bruttokreditvolumens per 31.12.2016 wie folgt auf die für die BFS relevanten Branchen:

in TEUR	Gesundheits- und Sozialwesen	Grundstücks- und Wohnungswesen	Organisationen ohne Erwerbszweck
Zentralregierungen	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	5.243	-	16.076
Öffentliche Stellen	42.107	-	1.291
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-
Institute	-	-	-
Unternehmen	2.285.488	755.076	515.518
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	1.512.607	616.528	365.750
Mengengeschäft	363.349	67.816	87.201
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	158.936	16.143	41.353
Durch Immobilien besicherte Positionen	666.346	444.867	234.198
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	527.786	407.816	215.389
Ausgefallene Positionen	16.572	42.466	1.242
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-
Sonstige Positionen	-	-	-
Gesamt	3.379.105	1.310.224	855.526

Tabelle 18: Branchen nach Forderungsarten (I von III)

in TEUR	Erziehung und Unterricht	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
Zentralregierungen	-	848	98.165
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	4	1.931.673	-
Öffentliche Stellen	-	15.000	501.266
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	200.258
Internationale Organisationen	-	-	-
Institute	-	-	80.771
Unternehmen	96.381	8.719	131.654
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	81.987	-	5.502
Mengengeschäft	66.586	-	962
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	29.423	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen	25.595	-	135.559
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	24.383	-	10.500
Ausgefallene Positionen	9.805	4	-
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	165.674
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	43.338
Sonstige Positionen	-	-	-
Gesamt	198.371	1.956.244	1.357.647

Tabelle 19: Branchen nach Forderungsarten (II von III)

in TEUR	Sonstige Dienstleistungen	Private Haushalte	Sonstige
Zentralregierungen	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-
Öffentliche Stellen	20	-	6.680
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-
Institute	-	-	-
Unternehmen	163.310	25.743	93.962
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	118.791	-	42.393
Mengengeschäft	26.417	21.507	18.469
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	6.589	-	6.114
Durch Immobilien besicherte Positionen	45.003	28.743	35.791
davon: kleine oder mittlere Unternehmen	36.143	-	35.331
Ausgefallene Positionen	3.671	557	463
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-
Sonstige Positionen	-	-	71.992
Gesamt	238.421	76.550	227.357

Tabelle 20: Branchen nach Forderungsarten (III von III)

Der Gesamtbetrag des Bruttokreditvolumens verteilt sich per 31.12.2016 nach Restlaufzeiten wie folgt:

in TEUR	< 1 Jahr	1 Jahr - 5 Jahre	> 5 Jahre	unbefristet
Zentralregierungen	98.165	-	-	848
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	103.277	1.274.194	509.906	65.618
Öffentliche Stellen	27.785	478.435	22.197	37.948
Multilaterale Entwicklungsbanken	24.960	114.365	60.933	-
Internationale Organisationen	-	-	-	-
Institute	271	30.454	15.352	34.694
Unternehmen	296.455	776.417	2.220.038	782.940
Mengengeschäft	51.972	116.442	245.971	237.922
Durch Immobilien besicherte Positionen	139.219	388.299	1.063.566	25.020
Ausgefallene Positionen	15.581	17.492	25.022	16.685
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	45.248	120.426	-	-
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-	43.338
Sonstige Positionen	-	-	-	71.992
Gesamt	802.933	3.316.523	4.162.985	1.317.004

Tabelle 21: Vertragliche Restlaufzeiten nach Forderungsarten

Definitionen von Verzug und notleidenden Engagements in der Rechnungslegung

Um risikobehaftete Engagements identifizieren zu können, wurden Kriterien zur Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit von Kreditnehmern definiert.

Die Einordnung in die Kategorie als „in Verzug“ bzw. als „überfälliges Engagement“ erfolgt bei einem Zahlungsverzug, wenn z. B. der Kreditnehmer ein Limit überschritten hat. Zur Überwachung in Zahlungsverzug geratener Engagements werden Verzugslisten erstellt. Für die Zuordnung von Geschäften in die Forderungskategorie „Ausgefallene Positionen“ (KSA) wendet die BFS die Regelung des Art. 178 CRR an.

Als „notleidendes Engagement“ werden Kredite bezeichnet, bei denen sich eine drohende Nichterfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen abzeichnet oder der Schuldner bereits in Verzug ist.

Angewendete Ansätze und Methoden der Kreditrisikoanpassungen

Wertberichtigungen werden gebildet, um bonitätsbedingte Wertänderungen von Forderungen in der Rechnungslegung zu berücksichtigen. Hierbei wird zwischen akut risikobehafteten und latenten Wertänderungen unterschieden. Ersteren wird im Rahmen der Risikovorsorge durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (EWB) und Abschreibungen Rechnung getragen, Letzteren durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen (PWB). Die PWB berücksichtigen über den Stichtag hinaus auch künftige Verschlechterungen der Rückflussquoten, z. B. durch konjunkturelle oder sektorspezifische Eintrübungen oder Krisen.

Einzelne Kriterien der EWB-Bildung (wie z. B. eine deutlich verschlechterte wirtschaftliche Lage des Schuldners oder Wertminderung der Sicherheiten) sind in den Organisationsrichtlinien festgelegt. Die Höhe der EWB-Bildung orientiert sich in der Regel an dem unbesicherten Forderungsanteil (Blankovolumen) bzw. dem Kreditbetrag, der als zweifelhaft einbringlich oder faktisch als uneinbringlich angesehen wird.

Vorschläge für die Bildung der Risikovorsorge übermitteln die am Kreditprozess beteiligten Einheiten an Abteilung Kreditrecht und Abwicklung. Diese berichtet dem Vorstand mittels eines EWB-Reports quartalsweise über die EWB-Bildung.

Die PWB werden aus der Höhe der risikobehafteten Forderungen und dem tatsächlichen Forderungsausfall pro Berichtsjahr gebildet. Auf der Basis von Durchschnittswerten für das risikobehaftete Forderungsvolumen und dem tatsächlichen Ausfall wird eine prozentuale Quote für den Anteil der risikobehafteten Forderungen gebildet, der durchschnittlich tatsächlich pro Jahr ausfällt. Diese Quote wird auf das Berichtsjahr abzüglich eines prozentualen Abschlags zur Ermittlung der PWB angewendet. Der prozentuale Abschlag soll gewährleisten, dass nur das latente Ausfallrisiko in die Berechnung eingeht.

Die Entwicklung der ausschließlich im Inland befindlichen notleidenden und in Verzug geratenen Forderungen gliedert sich nach Branchen per 31.12.2016 wie folgt:

in TEUR	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Forderungen	Bestand			Nettozuführung/Auflösungen von EWB/Rückstellungen	Direktabschreibungen	Eingänge auf abgeschriebene Forderungen
		EWB	PWB	Rückstellungen			
Gesundheits- und Sozialwesen	20.725	7.288		-	+12	695	130
Grundstücks- und Wohnungswesen	42.542	5.524		-	+4.296	-	-
Organisationen ohne Erwerbszweck	1.147	1.004		-	+628	-	118
Erziehung und Unterricht	10.743	7.605		-	+6.991	12	69
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1.244	1.241		-	-86	-	-
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	-	-		-	-	-	-
Sonstige Dienstleistungen	5.094	2.190		-	+703	-	-
Private Haushalte	911	514		-	+149	45	7
Gastgewerbe	2.052	1.809		-	-249	-	3
Sonstige	298	129		-	+42	-	19
Gesamt	84.755	27.302	2.903	-	+12.486	753	345

Tabelle 22: Notleidende und in Verzug geratene Forderungen nach Branchen

Nachfolgend wird die Entwicklung der Risikovorsorge im Berichtsjahr 2016 dargestellt:

in TEUR	Bestand 01.01.2016	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Sonstige Veränderungen	Bestand 31.12.2016
EWB	14.816	+17.486	-2.965	-2.035	-	27.302
Rückstellungen	-	-	-	-	-	-
PWB	4.698	-	-1.795	-	-	2.903

Tabelle 23: Entwicklung der Risikovorsorge

Auswirkungen der Kreditrisikominderungstechniken

In der nachfolgenden Übersicht wird zum Berichtszeitpunkt 31.12.2016 die Gesamtsumme der Positionswerte vor und nach Kreditrisikominderung sowie differenziert nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen dargestellt:

Positionswerte vor Kreditrisikominderung

in TEUR	0 %	2 %	10 %	20 %	35 %
Zentralregierungen	99.014	-	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.876.111	-	-	13.686	-
Öffentliche Stellen	501.266	-	-	18.393	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	200.258	-	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-	-	-
Institute	49.352	5.262	-	16.253	-
Unternehmen	-	-	-	-	-
Mengengeschäft	-	-	-	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	24.869
Ausgefallene Positionen	-	-	-	-	-
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	165.674	-	-
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-	-	-
Beteiligungen	-	-	-	-	-
Sonstige Positionen	861	-	-	-	-
Gesamt	2.726.862	5.262	165.674	48.333	24.869

Tabelle 24: Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (I von IV)

Positionswerte vor Kreditrisikominderung

in TEUR	50 %	75 %	100 %	150 %	Sonstiges
Zentralregierungen	-	-	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-	-	-
Öffentliche Stellen	-	-	-	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-	-	-
Institute	-	-	-	-	-
Unternehmen	-	-	3.559.455	-	-
Mengengeschäft	-	406.853	-	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen	1.588.227	-	-	-	-
Ausgefallene Positionen	-	-	13.822	58.515	-
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-	-	43.338
Beteiligungen	-	-	11.907	-	-
Sonstige Positionen	-	-	71.131	-	-
Gesamt	1.588.227	406.853	3.656.315	58.515	43.338

Tabelle 25: Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (II von IV)

Positionswerte nach Kreditrisikominderung

in TEUR	0 %	2 %	10 %	20 %	35 %
Zentralregierungen	99.547	-	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.981.713	-	-	12.077	-
Öffentliche Stellen	509.126	-	-	17.090	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	200.258	-	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-	-	-
Institute	49.352	5.262	-	27.437	-
Unternehmen	-	-	-	-	-
Mengengeschäft	-	-	-	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen	-	-	-	-	24.869
Ausgefallene Positionen	-	-	-	-	-
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	165.674	-	-
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-	-	-
Beteiligungen	-	-	-	-	-
Sonstige Positionen	861	-	-	-	-
Gesamt	2.840.857	5.262	165.674	56.604	24.869

Tabelle 26: Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (III von IV)

Positionswerte nach Kreditrisikominderung

in TEUR	50 %	75 %	100 %	150 %	Sonstiges
Zentralregierungen	-	-	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	-	-	-	-
Öffentliche Stellen	-	-	-	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-	-	-
Institute	-	-	-	-	-
Unternehmen	-	-	3.130.907	-	-
Mengengeschäft	-	394.178	-	-	-
Durch Immobilien besicherte Positionen	1.588.227	-	-	-	-
Ausgefallene Positionen	-	-	13.785	58.201	-
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-	-	-
Risikopositionen ggü. Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-	-	43.338
Beteiligungen	-	-	11.907	-	-
Sonstige Positionen	-	-	71.131	-	-
Gesamt	1.588.227	394.178	3.227.729	58.201	43.338

Tabelle 27: Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (IV von IV)

Die Positionswerte sind nach Anrechnung der Kreditkonversionsfaktoren angegeben. Forderungen aus wohnwirtschaftlichen oder gewerblichen Hypothekarkrediten werden bereits vor Kreditrisikominderung mit dem Risikogewicht von 35 % bzw. 50 % ausgewiesen.

Derivative Positionen

Die BFS hält derivative Positionen ausschließlich zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene. Hierbei handelt es sich um Zinsswaps auf EUR-Basis in Höhe von nominal 400,1 Mio EUR. Kontrahenten sind inländische Kreditinstitute. Der Wert der Zinsswaps beträgt per Stichtag 31.12.2016 insgesamt -29,8 Mio. EUR. Der Kreditäquivalenzbetrag beläuft sich auf 9,0 Mio. EUR gemäß Ursprungsrisikomethode nach Art. 275 CRR.

Die zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos abgeschlossenen Zinsderivate werden überwiegend mit dem genossenschaftlichen Zentralinstitut und wenigen ausgewählten Kontrahenten abgeschlossen. Eine Aufnahme neuer Kontrahenten, mit denen Handelsgeschäfte abgeschlossen werden können, sowie Änderungen der vergebenen Kontrahentenlimite je Handelspartner können nur durch den Vorstand erfolgen. Die aus den einzelnen derivativen Geschäften resultierenden Adressenausfallrisikopositionen werden entsprechend der Kreditäquivalenzbeträge auf die einzelnen Kontrahentenlimite angerechnet. Eine zusätzliche Allokation von internem Kapital für einzelne Gegenparteiausfallrisikopositionen erfolgt indes nicht.

Sicherheitenstrategie und Umgang mit Sicherheiten

Kreditrisikominderung beinhaltet alle Maßnahmen zur Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit oder der Höhe von Schadensereignissen im Kreditgeschäft. Der grundsätzliche Umgang mit Sicherheiten ist in der Sicherheitenstrategie und im Fachkonzept sowie entsprechenden Arbeitsanweisungen des Kredithandbuchs der BFS festgelegt. Generell gelten folgende Leitlinien:

Bei der Auswahl der Sicherheiten wird im Vorfeld zunächst der administrative Aufwand im Verhältnis zum Nutzen der Kreditrisikominderung geprüft. Sicherheiten, die aus Gründen eines ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht angerechnet werden, bleiben ökonomisch in ihrer Wirkung erhalten, entfalten aber keine entlastende Wirkung für die zu unterlegenden Eigenmittel.

Bei der Nutzung von Sicherheiten orientiert sich die BFS weiterhin an der strikten Erfüllung aufsichtsrechtlich vorgegebener Anforderungen gem. CRR und prüft diese intensiv vor Anrechnung.

Der Umgang mit Sicherheiten und die Prozesse des Sicherheitenmanagements werden zudem regelmäßig durch die zuständige Fachabteilung der BFS überprüft, notwendige konzeptionelle Anpassungen und Integrationen in die Arbeitsabläufe werden veranlasst.

Die aufgrund oben genannter Leitlinien zur Anrechnung von der BFS hereingenommenen Sicherheitenarten sind Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten und Gewährleistungen. Die hauptsächlichen Sicherheiten im Rahmen des Geschäftsmodells der BFS sind die Grundpfandrechte.

Die grundpfandrechtlich besicherten Forderungen werden gemäß Kreditrisiko-Standardansatz anteilig in die Forderungsklasse „durch Immobilien besicherte Positionen“ umsegmentiert und mit einem günstigeren Risikogewicht von 35 % bei wohnwirtschaftlich und 50 % bei gewerblich genutzten Immobilien berücksichtigt.

Die finanziellen Sicherheiten werden durch die BFS im umfassenden Sicherheitenansatz mit kreditrisikomindernder Wirkung auf die Bemessungsgrundlage angewandt.

Für die Gewährleistungen erfolgt die Anrechnung gemäß Substitutionsmethode. Diese führt zu der Anwendung des Risikogewichts der Forderungsklasse des Sicherungsgebers anstatt der des Forderungsschuldners.

Aufrechnungsvereinbarungen

Im offenzulegenden Berichtszeitraum wurde von bilanzwirksamen oder außerbilanziellen Aufrechnungsvereinbarungen kein Gebrauch gemacht.

Garantien bei Kreditderivaten

Für den Berichtszeitraum verfügte die BFS in ihrem Bestand über keine Garantien bei Kreditderivaten.

Risikokonzentrationen von Sicherungsinstrumenten

Da die BFS Sicherheiten hauptsächlich in Form von Grundpfandrechten an Sozialimmobilien hereinnimmt, ist in einem gewissen Umfang eine Risikokonzentration von Sicherungsinstrumenten nicht gänzlich auszuschließen. Diesem Risiko begegnet die BFS u. a. dadurch, dass die Beleihungswertermittlung der Immobilien überwiegend durch HypZert-Gutachter vorgenommen wird.

Zudem wird die Immobilienbewertung unter Nutzung eines Marktschwankungskonzepts regelmäßig überprüft (mindestens jährlich bei Gewerbeimmobilien, alle drei Jahre bei Wohnimmobilien); Wertminderungen über 10 % führen zu einer Überprüfung der Bewertung/Neubewertung. Unterliegt der Markt für die belastete Immobilie starken Wertschwankungen, erfolgen anlassbezogene Prüfungen.

Nachfolgende Tabelle weist die Summe der Positionswerte für besicherte Forderungen der BFS im KSA per 31.12.2016 aus:

in TEUR	Finanzielle Sicherheiten	Sonstige/ physische Sicherheiten	Gewährleistungen
Zentralregierungen	-	-	-
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	1.609	-	-
Öffentliche Stellen	1.703	-	-
Multilaterale Entwicklungsbanken	-	-	-
Internationale Organisationen	-	-	-
Institute	-	-	-
Unternehmen	306.903	-	123.709
Mengengeschäft	12.548	-	1.754
Durch Immobilien besicherte Positionen	-	1.613.096	-
Ausgefallene Positionen	235	11.320	117
Mit besonders hohem Risiko verbundene Positionen	-	-	-
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	-	-	-
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	-	-	-
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA)	-	-	-
Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Positionen	-	-	-
Gesamt	322.999	1.624.416	125.579

Tabelle 28: Besicherte Positionswerte je Forderungsklasse

Marktpreisrisiken

Abgrenzung

Marktpreisrisiken bestehen innerhalb der BFS aufgrund der Möglichkeit, dass sich die Bewertungen von Aktiva, Passiva und Derivaten durch externe Markteinflüsse negativ verändern können. Angesichts der Geschäftsstruktur der BFS bezieht sich dies überwiegend auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie allgemeine Kursrisiken (inklusive Credit-Spread-Risiken), denen der Eigenbestand an Wertpapieren ausgesetzt ist. Zusätzlich wird das Risiko aus impliziten Optionen (in Form von Sonderkündigungsrechten) aus Darlehensprodukten innerhalb der Marktpreisrisiken erfasst. Weitere im Rahmen des Bankgeschäfts mögliche Marktpreisrisiken wie das Währungsrisiko, das Optionsrisiko aus echten Optionen, das Rohwarenrisiko oder das Marktpreisrisiko aus (Aktien-)Fonds im Eigenbestand etc. sind für die BFS aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit nicht wesentlich.

Verfahren & Strategien für die Steuerung der Risiken

Das Management von Marktpreisrisiken ist auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in den aus ihr abgeleiteten strategischen Handbüchern und entsprechenden Fachkonzepten und Arbeitsablaufbeschreibungen formuliert sind, ausgerichtet. Eigenhandelsgeschäfte werden nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen insbesondere unter Beachtung der Vorschriften für Nicht-Handelsbuchinstitute getätigt. Das Zinsänderungsrisiko wird unter Berücksichtigung risikostategischer Ziele aktiv durch ein entsprechendes Bilanzstrukturmanagement sowie durch den gezielten Einsatz von Sicherungsgeschäften gesteuert. Dabei werden ausschließlich klassische Zinsderivate abgeschlossen; Optionsgeschäfte werden mit Ausnahme der im Kreditgeschäft enthaltenen Sonderkündigungsrechte nicht getätigt.

Struktur & Organisation der Risikomanagement-Funktion

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken ist in das zentrale Risikomanagement der BFS eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung von Marktpreisen ausgelöst werden können. Entsprechend der Veränderungen, des Umfangs, der Komplexität und des Risikogehalts der Handelsgeschäfte wird deren Überwachung laufend angepasst.

Umfang und Art der Risikoberichts- und Messsysteme

Der Wertpapier- und Fondsbestand der BFS wird unter Berücksichtigung tagesaktueller Renditen am Geld- und Kapitalmarkt täglich bewertet. Bei Überschreitung festgelegter Limitierungen erfolgt ein Ad-hoc-Reporting an den Vorstand.

Sämtliche als wesentlich identifizierte Marktpreisrisiken werden monatlich im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung in periodischer und ökonomischer Perspektive quantifiziert und dem verfügbaren Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung festgelegter Limitierungen gegenübergestellt. Die Ergebnisse werden monatlich oder anlassbezogen im Rahmen eines Ad-hoc-Reportings an den Gesamtvorstand berichtet.

Innerhalb der periodischen (handelsrechtlichen) Perspektive erfolgt eine Quantifizierung der Risiken auf Basis von Abweichungen der Preisbeeinflussungsfaktoren im Planszenario im Vergleich zu einem definierten Risikoszenario. Die Berechnung des allgemeinen Kurswerttrisikos der Bestände im Depot A erfolgt unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarios. Zur Quantifizierung des periodischen Credit-Spread-Risikos werden aus historischen Zeitreihen beobachtbare Ausweitungen der relevanten Credit-Spreads ermittelt und die Preisveränderung der Wertpapiere sowie der daraus resultierende Abschreibungsbedarf der Periode im Risikoszenario kalkuliert.

Zur Ermittlung des ökonomischen Zinsänderungsrisikos werden für alle zinstragenden Positionen Barwerte für die zinsbindungsorientierten Cashflows auf Basis der vertraglichen/juristischen Fälligkeiten berechnet. Eine vorzeitige Rückzahlung von Krediten vor Fälligkeiten wird im Rahmen der Berechnung des Zinsänderungsrisikos abhängig von Zinsszenarios berücksichtigt. Der Aktiv-Cashflow aus diesen Positionen wird szenariospezifisch gekürzt eingestellt. Bei Zinspositionen ohne feste Zinsbindung (unbefristete Einlagen) werden Ablaufkitionen mittels gleitender Durchschnitte unterstellt, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf Basis des historisch beobachtbaren Zinsanpassungsverhaltens sowie der geplanten Konditionierung der jeweiligen Produkte unterliegen. Zinslose Bilanzpositionen werden bei der ökonomischen Risikoermittlung nicht berücksichtigt.

In der ökonomischen Perspektive der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt für das Zinsänderungsrisiko sowie für das Credit-Spread-Risiko die Ermittlung eines Value-at-Risks.

Zusätzlich wird zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos der aufsichtsrechtliche Basel-II-Zinsschock, monatlich sowie anlassbezogen, ermittelt und an den Vorstand berichtet. Dabei wird die Barwertveränderung des Zinsbuchs bei einer Zinsveränderung um +/-200 Basispunkte in Relation zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gestellt. Zusätzlich wird der aus einer Zinsänderung resultierende Barwertverlust bei einem Zinsschock mit den regulatorischen Eigenmittelanforderungen kombiniert und der gesamte Betrag in Relation zu den Eigenmitteln gestellt.

	Zinsänderungsrisiko per 31.12.2016	
	Aufsichtsrechtlicher Zinsschock +/-200 Basispunkte	
	Barwertverlust	Barwertgewinn
in TEUR	-16.377	-1.025
in % der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel	-2,52 %	-0,16 %

Tabelle 29: Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Risikoabsicherungsmaßnahmen und Überprüfung der Wirksamkeit

Das Ausmaß der maximal einzugehenden Marktpreisrisiken wird durch das bankinterne Risikotragfähigkeitskonzept, risikostrategische Limitierungen sowie vergebene Handelspartnerlimite begrenzt. Hinsichtlich der Begrenzung von Kurswert- und Credit-Spread-Risiken aus dem Eigenhandel werden Geschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen insbesondere unter Beachtung der Vorschriften für Nicht-Handelsbuchinstitute getätigt. Art, Umfang sowie Risikopotenzial der Geschäfte werden zusätzlich durch die risikostrategischen Leitlinien begrenzt.

Die Wirkungsweisen verschiedener Absicherungsmaßnahmen des Zinsänderungsrisikos durch ein aktives Bilanzstrukturmanagement sowie durch den zielgerichteten Einsatz von Zinsswaps werden ex ante in verschiedenen Szenarios analysiert und ex post überprüft.

Eigenmittelunterlegung für Marktrisiken gem. Art. 445 CRR

Eine Eigenmittelunterlegungspflicht für Marktrisiken besteht für die BFS nicht.

Liquiditätsrisiken

Abgrenzung

Das Liquiditätsrisiko besteht grundsätzlich darin, eingegangene Auszahlungsverpflichtungen aufgrund unzureichender Liquidität nicht erfüllen zu können. Zu unterscheiden ist dabei zum einen das dispositive Liquiditätsrisiko, welches das Risiko aus der kurzfristigen Liquiditätssteuerung und der Zahlungsströme aus Zu- und Abflüssen beinhaltet. Zum anderen ergibt sich das strukturelle Liquiditätsrisiko aus Inkongruenzen der mittel- bis langfristigen Liquiditätsplanung im Zusammenhang mit einer möglichen Veränderung der eigenen Refinanzierungskosten. Das Risiko, dass Vermögenswerte aufgrund einer zu geringen Marktliquidität nur zu einem geringeren als dem erwarteten Wert verkauft werden können (Marktliquiditätsrisiko), ist für die BFS aufgrund der hochrangigen Qualität der Eigenanlagen im Berichtszeitraum unwesentlich, wird jedoch im Rahmen der Risikoinventur regelmäßig überprüft.

Verfahren & Strategien für die Steuerung der Risiken

Das Management von Liquiditätsrisiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in den aus ihr abgeleiteten strategischen Handbüchern sowie entsprechender Fachkonzepte und Arbeitsablaufbeschreibungen formuliert sind. Die dispositive Liquidität der BFS wird durch die Abteilung Treasury gesteuert, um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Bank bei gleichzeitig ausreichender Liquiditätsversorgung der Geschäftsbereiche zu gewährleisten. Dabei ist die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben hinsichtlich der Liquidity Coverage Ratio sowie der Liquiditätskennziffer innerhalb der risikostategischen Ziele fest verankert. Weitere Zielsetzungen sind der betriebswirtschaftlich sinnvolle Einsatz vorhandener Mittel sowie die kostengünstige und diversifizierte Aufnahme von Liquidität zur Steuerung des strukturellen Liquiditätsrisikos. Für den Fall eines Liquiditätsengpasses liegt ein entsprechendes Notfallkonzept vor.

Struktur & Organisation der Risikomanagement-Funktion

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Liquiditätsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der BFS eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung der Liquiditätssituation der BFS und des Marktes ausgelöst werden können. Das Management wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten der BFS laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Hierbei trägt der Vorstand die Gesamtverantwortung für die Liquiditätsrisiken der Bank und gibt die Methoden zur Messung und Steuerung von Liquiditätsrisiken vor. Er strukturiert zudem das Vorgehen der Bank, um die laufende Überprüfung sicherzustellen, inwieweit das Kreditinstitut ständig in der Lage ist, einen auftretenden Liquiditätsbedarf zu decken. Weitere Angaben bezüglich der einschlägigen Risikomanagement-Funktion, einschließlich Informationen über die Befugnisse und ihren Status, sind im allgemeinen Kapitel zum Risikomanagement in diesem Offenlegungsbericht zu finden.

Umfang und Art der Risikoberichts- und Messsysteme

Relevante Kennzahlen zur Überwachung und Steuerung der dispositiven sowie strukturellen Liquiditätslage der BFS werden monatlich im Rahmen eines Reportings zum Liquiditätsmanagement erstellt und dem Vorstand berichtet. Die strategische Liquiditätssituation wird dabei mittels einer Liquiditätsablaufbilanz und durch Quantifizierung des Liquiditätspuffers dargestellt. Liquiditätslücken und -überhänge werden hier je Laufzeitband isoliert und kumuliert analysiert. Zudem werden neben den

aufsichtsrechtlichen Kennzahlen interne Größen zur Steuerung der dispositiven Liquidität (Liquidity at Risk, Linien der Bundesbank) und strukturellen Liquidität (Fundingmix, Einlagenüberhang) analysiert.

Die Quantifizierung der strukturellen Liquiditätsrisikowerte erfolgt zudem im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung in der periodischen und ökonomischen Perspektive. In der periodischen Perspektive wird dabei eine Abweichung des Zinsüberschusses bei Anstieg der Refinanzierungskosten im Risikobetrachtungshorizont im Vergleich zum geplanten Zinsüberschuss ermittelt. In der ökonomischen Perspektive wird ein barwertiger Refinanzierungsschaden kalkuliert, der sich bei einer bonitätsinduzierten Ausweitung zu zahlender Refinanzierungsspreads ergeben würde.

Risikoabsicherungsmaßnahmen und Überprüfung der Wirksamkeit

Durch ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine ganzheitliche Steuerung der täglichen Disposition der Zahlungsströme wird aktiv dem Auftreten liquiditätsbedingter Engpässe vorgebeugt. Durch eine konservative Anlagepolitik überschüssiger Liquidität wird eine komfortable Liquiditätsreserve vorgehalten und dadurch das dispositive Liquiditätsrisiko begrenzt. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass bestimmte Liquiditätskennziffern als Steuerungsgrößen nicht unterschritten werden. Die Wirksamkeit der Maßnahmen wird im Rahmen des Reportings vom Liquiditätsmanagement überprüft.

Operationelle Risiken

Abgrenzung

Nach Art. 4 CRR sind operationelle Risiken die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, nicht jedoch strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

Die in der BFS definierten Risikoarten aus operationellen Risiken sind auf Basis der Verlustkategorien des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht in Basel II entstanden. Dieser Risikobaum dient als Basis zur Kategorisierung und Klassifizierung eingetretener Schadensfälle, des Risk Assessments, definierter Maßnahmen sowie des Reportings.

Darüber hinaus wurde die Definition der operationellen Risiken um (weitere) IT- und Compliance-Risiken ergänzt. Den Verlustkategorien aus Basel II wurden infolgedessen zusätzlich folgende Teilrisiken hinzugefügt:

- Informationssicherheit analog der BaFin-Definition: Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Datenintegrität (inkl. Authentizität),
- Verstoß gegen gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Vorgaben und Rechtsprechung (Rechtsrisiken),
- Verstoß gegen freiwillige Selbstverpflichtungen,
- Risiken aus Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und
- Vertragsrisiken.

Verfahren & Strategien für die Steuerung der Risiken

Das Management von operationellen Risiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung der in der Geschäfts- und Risikostrategie formulierten Leitlinien. Ziel ist es, durch geeignete Maßnahmen operationelle Risiken auf ein Minimum zu begrenzen. Zudem wird das Management operationeller Risiken nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt.

Für die Identifizierung und Bewertung von Compliance-Risiken sowie die Koordination von Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen wird u. a. ein Legal Inventory geführt und regelmäßig aktualisiert, Risk & Control Assessments durchgeführt, Risiko-Kontroll-Matrizen erstellt, Kontrolllücken und -schwächen überwacht.

Struktur & Organisation der Risikomanagement-Funktion

Die Zuständigkeiten im Bereich des Managements operationeller Risiken orientieren sich an den aufbauorganisatorischen Gegebenheiten der BFS und sind in die bestehende Struktur integriert. Die mit den Compliance-Regelungen verbundenen Risiken werden in der Abteilung Compliance & Fraud gesteuert. Weitere Angaben bezüglich der einschlägigen Risikomanagement-Funktion, einschließlich Informationen über die Befugnisse und ihren Status, sind im allgemeinen Kapitel zum Risikomanagement in diesem Offenlegungsbericht zu finden.

Umfang und Art der Risikoberichts- und Messsysteme

Die Ermittlung operationeller Risiken erfolgt ausschließlich auf Gesamtbankebene, wobei das interne Kontrollsystem der BFS dazu beiträgt, operationelle Risiken im Sinne eines aktiven Managements zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen.

Der Vorstand wird mindestens quartalsweise über bedeutende Schadensfälle und wesentliche operationelle Risiken in der Weise unterrichtet, dass die Art des betreffenden Schadens, seine Ursachen und das Ausmaß des Schadens sowie ggf. bereits getroffene Gegenmaßnahmen näher erläutert werden. Auf Basis der Berichterstattung werden Entscheidungen über Risikosteuerungsmaßnahmen getroffen und Verantwortlichkeiten zur Überwachung der Maßnahmenumsetzung festgelegt.

Zur Messung der periodischen operationellen Risiken werden sowohl die ex ante im Rahmen eines Risk Assessments als auch die ex post im Rahmen einer Schadensfalldatenbank ermittelten Schäden einbezogen.

Risikoabsicherungsmaßnahmen und Überprüfung der Wirksamkeit

Wesentliche Maßnahmen zur Risikosteuerung in der BFS sind Versicherungen und Notfallpläne.

Eigenmittelunterlegung für operationelle Risiken gem. Art. 446 CRR

Für die Unterlegung des operationellen Risikos mit Eigenmitteln kommt der Basisindikatoransatz nach Art. 315 CRR zur Anwendung. Auf Basis des Durchschnitts der letzten 3 Jahre des maßgeblichen Indikators gem. Art. 316 CRR, bestehend aus der Summe der Zins- und Provisionserträge sowie Zins- und Provisionsaufwendungen, wird der Betrag für das operationelle Risiko ermittelt.

Vertriebsrisiken

Abgrenzung

Sämtliche Ereignisse und Entwicklungen, die sich auf das künftig zu generierende Neugeschäft sowohl im Kredit- und Einlagen- als auch im Kundenwertpapierbereich auswirken, werden als Vertriebsrisiken definiert. Ein verändertes Verhalten konkurrierender Banken in der Zinspolitik oder eine Krise in der Sozialwirtschaft, die sich auf die Kreditnachfrage auswirkt, können beispielhaft als Ursachen von Vertriebsrisiken genannt werden. Sie bestehen aus den folgenden beiden Unterrisikoarten:

- Erlösrisiken: Die tatsächlichen Margen für variabel und festverzinsliche Produkte sowie Provisionen weichen von den Plan-Werten ab. Darunter sind auch Modellrisiken aus gleitenden Durchschnitten zu verstehen, die sich in einer Schwankung der Produktmargen ausdrücken.
- Absatzrisiken: Die tatsächlichen Absatzvolumina weichen von der Volumenplanung ab.

Verfahren & Strategien für die Steuerung der Risiken

Das Management von Vertriebsrisiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie formuliert sind, sowie entsprechender Fachkonzepte und Arbeitsablaufbeschreibungen. Die Vertriebssteuerung erfolgt durch die Marktbereichsleitung, in Kooperation mit der Marktunterstützung und dem Controlling sowie in enger Abstimmung mit dem Marktvorstand.

Struktur & Organisation der Risikomanagement-Funktion

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Vertriebsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der BFS eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Vertriebsrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt.

Umfang und Art der Risikoberichts- und Messsysteme

Im Rahmen der monatlichen Profit-Center-Reportings wird die Profitabilitätsentwicklung der einzelnen Profit-Center aufbereitet und an die Leitung der jeweiligen Profit-Center, Marktbereiche sowie den Gesamtvorstand berichtet.

Zur Quantifizierung des Vertriebsrisikos wird in der periodischen Perspektive eine Abweichung der monatlichen Planungsrechnung unter Berücksichtigung reduzierter Margen und Wachstumsraten ermittelt. Die kalkulierten Risikowerte werden monatlich dem verfügbaren Risikodeckungspotenzial unter Berücksichtigung vergebener Limitierungen gegenübergestellt und an den Gesamtvorstand berichtet.

Risikoabsicherungsmaßnahmen und Überprüfung der Wirksamkeit

Die unterstellten Planannahmen zur Erlös- und Absatzentwicklung werden durch Analysen historischer Daten unter Berücksichtigung der Prognosen des bankinternen Research zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den relevanten Segmenten ermittelt und plausibilisiert. Die zur GuV-Planung relevanten Neugeschäftsannahmen werden mindestens jährlich auf Basis der historischen Entwicklung plausibilisiert und parametrisiert, um Risiken einer fehlerhaften Absatz- und Erlösplanung zu begrenzen.

Weitere Risiken

Im Rahmen der Risikoinventur innerhalb des Risikomanagement-Prozesses wird neben den in den voranstehenden Kapiteln detailliert beschriebenen Risiken die Wesentlichkeit sämtlicher im Bankgeschäft denkbarer Risiken für die BFS überprüft und entsprechend eingeschätzt. Unter anderem sind dies allgemeine Geschäftsrisiken, das strategische Risiko, das Reputationsrisiko, das makroökonomische Risiko, das Leverage-Risiko, das Eigenkapitalrisiko, das Platzierungsrisiko und das Risiko aus Pensionsverpflichtungen. Aktuell signalisieren die Ausprägungen der innerhalb dieser Risiken untersuchten Risikotreiber keine wesentliche Bedrohungslage auf die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage der BFS, sodass diese Risiken als unwesentlich eingestuft werden. Die Einschätzung der Unwesentlichkeit wird jedoch regelmäßig, mindestens jährlich überprüft und der Umgang mit den als unwesentlich identifizierten Risiken entsprechend intern festgelegt.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Positionen, die aufgrund ihres Umfangs oder ihrer Bedeutung dazu führen können, über das erwartete Maß hinaus Verluste zu erzeugen oder Erträge zu schmälern, und somit zu einem erhöhten Kapitalbedarf führen würden. Es gilt, diese im Rahmen des regelmäßigen Risikomanagement-Prozesses zu identifizieren, zu beurteilen, zu steuern und zu überwachen. Dabei werden sowohl die Intra-Risikokonzentrationen als auch die Inter-Risikokonzentrationen über die Risikoarten hinweg auf Wesentlichkeit geprüft.

Gewisse Intra-Risikokonzentrationen basieren auf geschäftsstrategischen Vorgaben und werden damit bewusst eingegangen. Wesentliche Inter-Risikokonzentrationen wurden in der Risikoinventur nicht identifiziert. Dennoch werden mögliche Zusammenhänge zwischen Risikotreibern verschiedener Risikoarten berücksichtigt.

Zum einen werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit keine Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten angenommen. Die Risiken werden zunächst auf Ebene der einzelnen Risikoart quantifiziert und diese berechneten Risikowerte durch Addition zum Gesamtrisiko der BFS aggregiert. Dieses Vorgehen gilt als sehr konservativ, da es eine perfekte Korrelation ($\rho=1$) zwischen den Risikoarten unterstellt. Dies impliziert, dass z. B. der VaR im Adressrisiko und der VaR im Zinsänderungsrisiko gleichzeitig schlagend werden.

Zum anderen gewährleistet die BFS im Rahmen des quartalsweisen risikoartenübergreifenden Stresstests, dass bei einer gleichzeitigen „gestressten“ Erhöhung der Risikotreiber der wesentlichsten Risikoarten (Adressausfallrisiko Kunden/Wertpapiere, Zinsänderungsrisiko, Credit-Spread-Risiko, Liquiditätsrisiko, Vertriebsrisiko) ausreichend Deckungsmasse zur Verfügung steht. Auch in diesem Stressszenario wird eine perfekte Korrelation der Risikoarten unterstellt und alle Risikowerte addiert, sodass auch hierdurch sichergestellt wird, dass Effekte aus einem ggf. vorhandenen, aber quantitativ nicht erfassten Gleichlauf der einzelnen Risikotreiber hinreichend durch Deckungsmasse abgesichert sind.

Verfahren & Strategien für die Steuerung der Risiken

Zu Berücksichtigung in der Risikotragfähigkeit werden Inter- und Intra-Risikokonzentrationen nicht im Rahmen von eigenen Risikomodellen quantifiziert. Vielmehr werden diese innerhalb der Risikomodelle der einzelnen Risikoarten berücksichtigt. Darüber hinaus ist, wie oben beschrieben, der Einfluss dieser auf die Risikotragfähigkeit im Rahmen von unterschiedlichen Stressszenarios zu beurteilen und zu bewerten.

Beteiligungen

Die BFS betreibt kein aktives und systematisches Beteiligungsmanagement mit Gewinnerzielungsabsicht aus dem Halten bzw. dem Kauf und Verkauf von Beteiligungen. Stattdessen haben sämtliche hier aufgeführten Beteiligungen einen strategischen Charakter. Das Eingehen der Beteiligungen basiert dabei ausschließlich auf Einzelfallentscheidungen und kann sowohl der Erweiterung des Kundengeschäfts dienen (bspw. IS 6 Immobilienfonds und BFS Mezzanine Fonds) oder durch die allgemeine Geschäftstätigkeit sowie zur Vertiefung der gegenseitigen Geschäftsbeziehung begründet sein (z. B. DZ-Bank AG).

Zum Berichtszeitpunkt 31.12.2016 ergeben sich folgende Buchwerte für das Beteiligungsportfolio der BFS:

Beteiligungen	Buchwerte in TEUR
IS Immobilienfonds 6 GbR	9.063
BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG	2.062
DZ Bank AG	660
WIBU Wirtschaftsbund sozialer Einrichtungen eG	31
Sonstige	91
Gesamt	11.907

Tabelle 30: Buchwerte des Beteiligungsbestandes

Das Beteiligungsportfolio der BFS besteht zum Berichtszeitpunkt 31.12.2016 ausschließlich aus nicht börsennotierten Beteiligungen, die nach handelsrechtlichen Vorschriften zu den Anschaffungskosten fortgeführt werden. Bei Vorliegen einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung erfolgt eine Abschreibung gem. § 340e I S. 1 HGB i. V. m. § 253 III S. 3 HGB (gemildertes Niederstwertprinzip für Anlagevermögen), wobei eine regelmäßige Neubewertung nicht vorgenommen wird. Eine mögliche Wertminderung wird somit nur bei Eintritt besonderer Umstände geprüft.

In der nachfolgenden Tabelle werden die realisierten Gewinne und Verluste sowie Abschreibungen aus Beteiligungsinstrumenten dargestellt:

in TEUR	Realisierter Gewinn/Verlust aus Verkauf/Abwicklung	Latente Neubewertungsgewinne/-verluste insgesamt	davon im Ergänzungs- kapital berücksichtigt
Gesamt	+11.315	-2.084	-

Tabelle 31: Realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste aus Beteiligungsinstrumenten

Die aus den Beteiligungen resultierenden wesentlichen Risiken für die Bank werden im Rahmen der mindestens jährlich durchzuführenden Risikoinventur zur Ableitung des Gesamtrisikoprofils erhoben. Zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit werden diese gemessen und unter Berücksichtigung vergebener Limitierungen mit Risikodeckungspotenzial unterlegt. Da aus den eingegangenen Beteiligungen in erster Linie Ausfallrisiken hervorgehen, erfolgt die Messung des Beteiligungsrisikos innerhalb der Adressenausfallrisiken.

Verbriefungen

Die BFS hat im Berichtszeitraum keine Verbriefungstransaktionen gehalten und ist auch nicht Originator, Sponsor oder Investor in Verbriefungstransaktionen. Die Offenlegungsanforderungen bei Verbriefungen des Art. 449 CRR treffen für die BFS somit nicht zu.

Vergütungspolitik

Vergütungsgrundsätze der Bank für Sozialwirtschaft

Das folgende Kapitel beschreibt die Ausgestaltung der Vergütungssysteme für Führungskräfte und Mitarbeiter(innen) des Instituts für das Geschäftsjahr 2016. Dabei werden Einzelheiten zur Höhe und Struktur der Vergütung gemäß den Forderungen der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) erläutert. Die BFS unterliegt als nicht bedeutendes Institut aufgrund ihrer Bilanzsumme von derzeit weniger als 15 Mrd. EUR den allgemeinen Bestimmungen der InstitutsVergV in der Fassung vom 01.01.2014.

Die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen der InstitutsVergV bildet den Rahmen für die Vergütungsgrundsätze der Vorstände und Mitarbeiter(innen). Dabei orientiert sich die Leistungsbemessung der Vergütungssysteme sowohl am Erfolg und Ergebnis des Instituts als auch an den Leistungen der Bereiche sowie den individuellen Erfolgsbeiträgen der Mitarbeiter(innen).

Das Vergütungssystem – auch der AT-Mitarbeiter(innen) – stellt sicher, dass keine Anreize gesetzt werden, unverhältnismäßig hohe Risiken einzugehen; gleichzeitig setzt die variable Vergütung hinreichende Anreize, um strategische, individuelle und bereichsspezifische Ziele zu erreichen. Eine direkte Erfolgsbeteiligung über Gewinnbeteiligungen erfordert kein Eigeninvestment der Mitarbeiter und stärkt den Beteiligungscharakter der variablen Vergütung. Dadurch wird sichergestellt, dass allen regulatorischen Anforderungen an die Vergütungssysteme des Instituts vollumfänglich Rechnung getragen wird.

Grundprinzipien der Vergütung

Das Vergütungssystem ist ein wesentlicher Bestandteil der Personalsteuerungsinstrumente der BFS. Die Vergütung der Vorstände und AT-Mitarbeiter(innen) setzt sich aus einer fixen Komponente sowie einer variablen Komponente zusammen. Die Fixvergütung honoriert den Verantwortungsbereich, den damit verbundenen Entscheidungsspielraum und die für die Position erforderliche Ausbildung. Die variable Vergütung wird aus den strategischen Zielen des Instituts abgeleitet. Dabei werden die Ziele der Gesamtbank auf Bereichs- und Individualziele kaskadiert, um den einzelnen Mitarbeitern Anreize zu setzen, durch ihre Leistung zur nachhaltigen Umsetzung der strategischen Ziele der BFS sowie ihres Bereiches einen individuellen Wertbeitrag zu leisten. Die Auszahlung der variablen Vergütung erfolgt im Rahmen der Gehaltszahlung zur Mitte des Kalenderjahres.

Es bestehen weder im Bereich der Geschäftsleitung noch im Bereich der tariflichen und außertariflichen Mitarbeiter(innen) signifikante Abhängigkeiten von variablen Vergütungssystemen. Negative Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risikopositionen entstehen durch die Vergütungssysteme nicht.

Garantierte Bonuszahlungen wurden und werden seit jeher weder für den Vorstand noch für Mitarbeiter(innen) der Bank gezahlt. Das entspricht dem konservativen unternehmerischen Selbstverständnis des Hauses. Die Einzelverträge der Mitarbeiter sehen keine Ansprüche auf Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit vor, auf die trotz individueller negativer Erfolgsbeiträge ein der Höhe nach unveränderter Anspruch besteht.

Vergütungssystem der Bank für Sozialwirtschaft

Vorstände

Das Vergütungssystem der Vorstände der BFS basiert auf drei Säulen: der Grundvergütung, der jährlichen variablen Vergütung sowie den Nebenleistungen. Die finale Struktur der variablen Vergütung der Vorstände obliegt der Verantwortung des Aufsichtsrates und wird wie folgt festgelegt:

Die variable Vergütung der Vorstände wird anhand des Betriebsergebnisses, der Relation von Netto-Bewertungsergebnis des Kreditgeschäfts zur Bilanzsumme sowie der Komponenten Provisionsergebnis Wertpapiergeschäft und Relation Bewertungsergebnis Wertpapiergeschäft zu Bestand Wertpapiere bemessen. Die Zielerreichung wird auf Basis eines retrospektiven 3-Jahres-Durchschnitts und auf der Basis der Zielerreichung des entsprechenden Geschäftsjahres bestimmt. Die Zielerreichung wird anhand einer Zielstaffel bzw. einer Zielmatrix ermittelt.

Die Vorstände der BFS erhalten zusätzlich zu dem Grundgehalt und der variablen Vergütung Versorgungszusagen in Form von Einzelzusagen.

AT-Mitarbeiter(innen)

Neben der Grundvergütung erhalten außertarifliche Mitarbeiter(innen) eine variable Vergütung.

In Abhängigkeit ihrer jeweiligen AT-Gruppierung erhalten diese Mitarbeiter(innen) eine maximale Anzahl an Gewinnbeteiligungen (GB) für die variable Vergütung, die bei Plan-Betriebsergebnis und voller Zielerreichung zur Auszahlung gelangen. Damit basiert die variable Vergütung auf einem reinen „Gewinnbeteiligungsmodell“. In diesem Zusammenhang wurde auch eine Unterscheidung bzgl. solcher AT-Mitarbeiter(innen) vorgenommen, die organisatorisch einer Kontrolleinheit zugeordnet sind oder den Vertriebseinheiten bzw. dem Anlagemanagement angehören. Wie in nachfolgender Tabelle dargestellt, unterscheiden sich die Vergütungsparameter der Kontrolleinheiten von den Bemessungsgrundlagen der übrigen Mitarbeiter. Dementsprechend verteilt sich die Gesamtzahl an GB eines AT-Mitarbeiters je nach Zugehörigkeit von Vertrieb, Kontrolle oder AT nach dem folgenden Prozentschlüssel auf die 3 Zielebenen:

	Vertrieb	Kontrolle	AT
Sockelgewinnbeteiligungen (basierend auf dem Betriebsergebnis)	60 %	20 %	40 %
Bereichsziele	20 %	60 %	40 %
Individuelle/qualitative Ziele	20 %	20 %	20 %

Tabelle 32: Bemessungsgrundlagen und Gewichtung nach Funktionsgruppe

Jede Gewinnbeteiligung gewährt das Recht auf eine Auszahlung in bar, sofern die vorab definierten Leistungsziele erreicht werden und der Gesamterfolg des Instituts eine Bonusauszahlung zulässt. Die Festsetzung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung (Bonuspoolvolumen) erfolgt jährlich im Rahmen eines formalisierten und transparenten Prozesses durch den Vorstand und gibt den

Wert einer Gewinnbeteiligung bei Erreichen des Planbetriebsergebnisses vor. Der endgültige Wert einer Gewinnbeteiligung orientiert sich am erreichten Betriebsergebnis (BE) der BFS eines jeden Geschäftsjahres.

Die AT-Mitarbeiter(innen) sowie die Mitarbeiter(innen) der Kontrolleinheiten und des Vertriebs erhalten eine Sockelgewinnbeteiligung, die sich ausschließlich am Betriebsergebnis orientiert. Darüber hinaus bemisst sich die Höhe der variablen Vergütung am Zielerreichungsgrad der jährlich im Rahmen des Zielvereinbarungsgesprächs vereinbarten Bereichs- und individuellen/qualitativen Ziele. Durch die Überwachung, ob Zielvereinbarungs- und Zielerreichungsgespräche geführt und geeignete Zielsetzungen getroffen werden, übernimmt der Bereich Personal im Hinblick auf die Anwendung der Vergütungssysteme die Aufgaben einer Kontrolleinheit wahr. Zur Erfüllung der Anforderungen der MaComp BT 8-Regelungen werden die Ziele der AT-Vertriebsmitarbeiter(innen) zusätzlich an qualitativen, kundenorientierten Kennzahlen ausgerichtet.

Insgesamt stellen die Leistungsbemessungsgrundlagen eine transparente und nachvollziehbare Allokation des Gesamtbetrages der variablen Vergütung sicher. Das System ist so ausgerichtet, dass Höhe und Anreizwirkung der Vergütung risikokonformes Verhalten stimulieren und Fehlsteuerungen vermieden werden. Negative Anreize aus der Gewährung der variablen Vergütungen ergeben sich daher nicht. Eine signifikante Abhängigkeit eines Mitarbeiters von der variablen Vergütung entsteht ebenso nicht.

Tarifmitarbeiter(innen)

Die Vergütung der Mitarbeiter(innen) orientiert sich grundsätzlich an dem Mantel- und Gehaltstarifvertrag des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (AVR). Darüber hinaus orientiert sich die Fixvergütung an den Gepflogenheiten des regionalen Personalmarktes.

Die Bank nutzt auch für ihre Tarifmitarbeiter(innen) die Möglichkeit der leistungsorientierten Variabilisierung von Gehaltsanteilen, die eine freiwillige über die tariflich garantierten Gehaltszahlungen hinausgehende Arbeitgeberleistung darstellt. Die Ermittlung der Höhe der variablen Gehaltsbestandteile erfolgt nach einem kriterienorientierten Leistungsbeurteilungskatalog und beträgt maximal 150 % eines monatlichen Tarifgehalts respektive maximal 12,5 % des jährlichen Fixgehalts.

Offenlegung quantitativer Vergütungsinformationen

Die gesamten Personalbezüge (GuV per 31.12.2016) einschließlich sozialer Abgaben und betrieblicher Altersvorsorge betragen 39,5 Mio. EUR (inklusive Tarifvergütung). Der Anteil der fixen Vergütungsbestandteile beträgt 92,0 %, der Anteil der variablen Vergütungsbestandteile beträgt 8,0 %. Eine variable Vergütung erhalten 394 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss

Der in 2014 gegründete Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss setzt sich aus vier Mitgliedern des Aufsichtsrates zusammen, nämlich dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und drei weiteren Mitgliedern. Der Ausschuss hat sich im Jahr 2016 in zwei Sitzungen u. a. mit der Bewertung von Struktur, Größe, Zusammensetzung, Leistung, Kenntnissen und Fähigkeiten des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie mit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der AT-Mitarbeiter und des Vorstandes befasst.

Anhang: Übersicht zu den Hauptmerkmalen der Eigenmittelinstrumente

Die nachfolgende Tabelle ist Bestandteil des Kapitels Eigenmittel und stellt Detailinformationen zu den Hauptmerkmalen der Eigenmittelinstrumente dar. An verschiedenen Stellen sind Orderschuldverschreibungen und Nachrangdarlehen zusammengefasst, die identische Merkmale aufweisen und innerhalb eines Jahres in mehreren Tranchen emittiert worden sind. Diese sind an den entsprechenden Stellen mit „Diverse“ gekennzeichnet.

Merkmale	Aktie	Orderschuldverschreibung	Orderschuldverschreibung
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	XF0000450QC1	DE000A0AD8N6	DE000A1A57C4
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Hartes Kernkapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Hartes Kernkapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	Aktie	nachrangige Orderschuldverschreibung	nachrangige Orderschuldverschreibung
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	36.400.000	3.539.978	2.751.917
9 Nennwert des Instruments	52,00 je Aktie	8.000.000	5.000.000
9a Ausgabepreis	Diverse	8.000.000	5.000.000
9b Tilgungspreis	k. A.	8.000.000	5.000.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Aktienkapital	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	Diverse	18.03.2009	01.10.2009
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	unbefristet	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	k. A.	18.03.2019	01.10.2019
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	nein	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	k. A.	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.

Merkmal	Aktie	Orderschuld- verschreibung	Orderschuld- verschreibung
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Coupon- zahlungen	variabel	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	k. A.	5,00 %	4,75 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	gänzlich diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	gänzlich diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegsklausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiedertzuschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern und Nachrangkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Merkmal	Orderschuld- verschreibung	Orderschuld- verschreibung	Nachrang- darlehen
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	DE000A1A6VC2	Diverse	XF0000456RH5
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	nachrangige Orderschuldverschreibung	nachrangige Orderschuldverschreibung	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	5.674.562	13.869.578	4.476.541
9 Nennwert des Instruments	9.550.000	20.550.000	5.000.000
9a Ausgabepreis	9.550.000	20.550.000	4.900.000
9b Tilgungspreis	9.550.000	20.550.000	5.000.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	15.12.2009	Diverse in 2010	12.07.2011
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	20.12.2019	Diverse in 2020	12.07.2021
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Couponzahlungen	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	4,50 %	4,50 %	4,85 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein

Merkmal	Orderschuld- verschreibung	Orderschuld- verschreibung	Nachrang- darlehen
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiederschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	XF0000456RG7	XF0000456RA0	XF0000456RB8
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	4.512.234	4.512.089	4.510.424
9 Nennwert des Instruments	5.000.000	5.000.000	5.000.000
9a Ausgabepreis	4.950.000	4.930.000	4.927.000
9b Tilgungspreis	5.000.000	5.000.000	5.000.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	15.07.2011	19.07.2011	19.07.2011
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	15.07.2021	19.07.2021	19.07.2021
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Couponzahlungen	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	5,00 %	4,97 %	4,96 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiederschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	XF0000456RC6	XF0000456RD4	XF0000456RE2
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	2.271.026	9.081.553	2.729.893
9 Nennwert des Instruments	2.500.000	10.000.000	3.000.000
9a Ausgabepreis	2.492.000	9.963.400	2.998.800
9b Tilgungspreis	2.500.000	10.000.000	3.000.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	19.07.2011	19.07.2011	19.07.2011
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	19.07.2021	19.07.2021	19.07.2021
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Couponzahlungen	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	5,16 %	5,15 %	5,10 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein

Merkmal	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiedertzuschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	XF0000456RF9	XF0000456RN3	XF0000QCF3W0
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	2.907.979	452.957	21.201.790
9 Nennwert des Instruments	3.200.000	500.000	23.300.000
9a Ausgabepreis	3.191.680	496.150	23.290.000
9b Tilgungspreis	3.200.000	500.000	23.300.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	19.07.2011	19.07.2011	19.07.2011
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	19.07.2021	19.07.2021	19.07.2021
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Couponzahlungen	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	5,17 %	5,00 %	5,10 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiedertzuschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	XF0004198903	Diverse	Diverse
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	4.513.754	14.100.000	8.400.000
9 Nennwert des Instruments	5.000.000	14.100.000	8.400.000
9a Ausgabepreis	4.933.000	14.100.000	8.400.000
9b Tilgungspreis	5.000.000	14.100.000	8.400.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	19.07.2011	Diverse in 2012	Diverse in 2013
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	19.07.2021	Diverse in 2022	Diverse in 2023
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Couponzahlungen	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	5,00 %	3,52 %	3,52 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiederschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Merkmal	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
1 Emittent	BFS AG	BFS AG	BFS AG
2 Einheitliche Kennung (z. B. CUSIP, ISIN)	XF0000456VV8	XF0000456W18	XF0000CCAUH9
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
Aufsichtsrechtliche Behandlung			
4 CRR-Übergangsregelungen	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumententyp (Typen von jedem Land zu spezifizieren)	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag (Stand letzter Meldestichtag)	3.000.000	5.000.000	10.000.000
9 Nennwert des Instruments	3.000.000	5.000.000	10.000.000
9a Ausgabepreis	3.000.000	5.000.000	10.000.000
9b Tilgungspreis	3.000.000	5.000.000	10.000.000
10 Rechnungslegungsklassifikation	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert	Passivum – fortgeführter Einstandswert
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	10.12.2013	31.03.2014	17.06.2016
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin	mit Verfalltermin
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	10.12.2023	31.03.2024	17.06.2026
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis	Kündigungsoption bei Steuer- oder regulatorischem Ereignis
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k. A.	k. A.	k. A.
Coupons / Dividenden			
17 Feste oder variable Dividenden-Couponzahlungen	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	3,50 %	3,50 %	2,00 %
19 Bestehen eines „Dividendenstopps“	nein	nein	nein

Merkmal	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen	Nachrang- darlehen
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär	zwingend diskretionär
21 Bestehen einer Kostenanstiegsklausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	nein	nein
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k. A.	k. A.	k. A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k. A.	k. A.	k. A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k. A.	k. A.	k. A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k. A.	k. A.	k. A.
30 Herabschreibungsmerkmale	nein	nein	nein
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k. A.	k. A.	k. A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k. A.	k. A.	k. A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiedertzuschreibung	k. A.	k. A.	k. A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall (das jeweils ranghöhere Instrument nennen)	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital	nachrangig zu Insolvenzgläubigern, vorrangig zu Aktienkapital
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	nein	nein	nein
37 Ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k. A.	k. A.	k. A.

Alle Angaben in EUR

Tabelle 33: Übersicht zu den Hauptmerkmalen der Eigenmittelinstrumente

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset Backed Securities
Abs.	Absatz
a. F.	alte Fassung
Art.	Artikel
AT	außertariflich
AT 1	Additional Tier 1: Zusätzliches Kernkapital
AVR	Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V.
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BFS	Bank für Sozialwirtschaft AG
bspw.	beispielsweise
bzgl.	bezüglich
CET 1	Common Equity Tier 1: Hartes Kernkapital
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
CVA	Credit Valuation Adjustment
DeVo	Delegierte Verordnung der EU
d. h.	das heißt
EBA	European Banking Authority: Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EU	Europäische Union
EWB	Einzelwertberichtigungen
EZB	Europäische Zentralbank
FATF	Financial Action Task Force
f.	folgende Dokumentenseite/folgender Artikel
ff.	folgende Dokumentenseiten/folgende Artikel
HGB	Handelsgesetzbuch
GB	Gewinnbeteiligung
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
i. V. m.	in Verbindung mit
i. W.	im Wesentlichen
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
k. A.	keine Angaben
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
LCR	Liquidity Coverage Ratio
MaComp	Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion

MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
Mio.	Millionen
n. F.	neue Fassung
OGA	Organismen für gemeinsame Anlagen: Investmentfonds
PWB	Pauschalwertberichtigungen
QCCP	qualifizierte zentrale Gegenpartei
RWA	Risikogewichtete Aktiva
SFT	Wertpapierfinanzierungsgeschäft
sog.	sogenannt
SolvV	Solvabilitätsverordnung
Tier 1	Kernkapital
Tier 2	Ergänzungskapital
u. a.	unter anderem
u. Ä.	und Ähnliches
VaR	Value-at-Risk

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Aufsichtsrechtlicher Konsolidierungskreis	6
Tabelle 2:	Übersicht der von Mitgliedern des Vorstandes bekleideten Mandate	11
Tabelle 3:	Übersicht der von Mitgliedern des Aufsichtsrates bekleideten Mandate	13
Tabelle 4:	Eigenmittel in der Übergangszeit	15
Tabelle 5:	Überleitungsrechnung bilanzielles Eigenkapital zu regulatorischen Eigenmitteln	17
Tabelle 6:	Maximaler institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer	18
Tabelle 7:	Geografische Verteilung der maßgeblichen Kreditrisikopositionen	19
Tabelle 8:	Höhe des institutsspezifischen antizyklischen Kapitalpuffers	19
Tabelle 9:	Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittelanforderungen	20
Tabelle 10:	Allgemeine Offenlegung zur Verschuldungsquote per 31.12.2016	21
Tabelle 11:	Überleitung der Bilanzaktiva zur Gesamtrisikopositionsmessgröße der Leverage Ratio	23
Tabelle 12:	Aufschlüsselung von bilanziellen Risikopositionen	24
Tabelle 13:	Übersicht über die Vermögenswerte	25
Tabelle 14:	Übersicht über die Belastungsquellen	25
Tabelle 15:	Entwicklung des Gesamtrisikoprofils im Berichtszeitraum	35
Tabelle 16:	Bruttokreditvolumen nach Forderungsarten	40
Tabelle 17:	Regionale Gliederung nach Forderungsarten	41
Tabelle 18:	Branchen nach Forderungsarten (I von III)	42
Tabelle 19:	Branchen nach Forderungsarten (II von III)	43
Tabelle 20:	Branchen nach Forderungsarten (III von III)	44
Tabelle 21:	Vertragliche Restlaufzeiten nach Forderungsarten	45
Tabelle 22:	Notleidende und in Verzug geratene Forderungen nach Branchen	47
Tabelle 23:	Entwicklung der Risikovorsorge	47
Tabelle 24:	Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (I von IV)	48
Tabelle 25:	Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (II von IV)	49
Tabelle 26:	Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (III von IV)	50
Tabelle 27:	Forderungsbeträge nach KSA-Risikogewichten und Forderungsklassen (IV von IV)	51
Tabelle 28:	Besicherte Positionswerte je Forderungsklasse	53
Tabelle 29:	Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch	55
Tabelle 30:	Buchwerte des Beteiligungsbestandes	63
Tabelle 31:	Realisierte und unrealisierte Gewinne und Verluste aus Beteiligungsinstrumenten	63
Tabelle 32:	Bemessungsgrundlagen und Gewichtung nach Funktionsgruppe	66
Tabelle 33:	Übersicht zu den Hauptmerkmalen der Eigenmittelinstrumente	68

Kontakt Daten

Zentrale

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de
(bis 02.03.2017)

50668 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de
(ab 03.03.2017)

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13-14
Telefon 030 28402-0
Telefax 030 28402-341
E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01097 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351 89939-0
Telefax 0351 89939-585
E-Mail bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66-73
Telefon 0361 55517-0
Telefax 0361 55517-579
E-Mail bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huysenallee 15
Telefon 0201 24580-0
Telefax 0201 24580-644
E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040 253326-6
Telefax 040 253326-870
E-Mail bfshamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 0511 34023-0
Telefax 0511 34023-523
E-Mail bfshannover@sozialbank.de

76131 Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 6
Telefon 0721 98134-0
Telefax 0721 98134-688
E-Mail bfskarlsruhe@sozialbank.de

34117 Kassel

Obere Königsstraße 30
Telefon 0561 510916-0
Telefax 0561 510916-859
E-Mail bfskassel@sozialbank.de

50668 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-177
E-Mail bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
Telefon 0341 98286-0
Telefax 0341 98286-543
E-Mail bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2
Am Wissenschaftshafen
Telefon 0391 59416-0
Telefax 0391 59416-539
E-Mail bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
Rheinstraße 4 G
Telefon 06131 20490-0
Telefax 06131 20490-669
E-Mail bfsmainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
Telefon 089 982933-0
Telefax 089 982933-629
E-Mail bfsmuenchen@sozialbank.de

90402 Nürnberg

Königstraße 2
Telefon 0911 433300-0
Telefax 0911 433300-619
E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Mühlendamm 8b
Telefon 0381 1283739-0
Telefax 0381 1283739-869
E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10
Telefon 0711 62902-0
Telefax 0711 62902-699
E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

BELGIEN

1040 Brüssel

Rue de Pascale 4-6
Telefon 0032 22303922
Telefax 0032 22802778
E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221 97356-160
Telefax 0221 97356-164
E-Mail bfs-service@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim

Lavesstraße 8-12
Telefon 05121 935623-0
Telefax 05121 935623-99
E-Mail info@bfs-abrechnung.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft

Konrad-Adenauer-Ufer 85

50668 Köln

Telefon 0221 97356-0

Telefax 0221 97356-219

E-Mail bfs@sozialbank.de

www.sozialbank.de

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)

Thomas Kahleis

Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Handelsregister

Köln HRB 29259

Berlin HRB 64059

Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Satz

Visual Department

Konkordiastraße 61

40219 Düsseldorf

Druck

Druckhaus Ley + Wiegandt GmbH + Co

Möddinghofe 26

42279 Wuppertal



Bank
für Sozialwirtschaft

